

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, ist durch die Expedition, Neue Grabenstraße 6/5, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis einschließlich Post 20 Pf., pro Woche 95 Pf., Postzahlungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Inserate- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13.

Breslau, Mittwoch, den 16. Januar 1895.

6. Jahrgang.

Eine „Kernfrage“.

Der Tübinger Professor Schäffle ist einigen unserer Leser wahrscheinlich schon bekannt. Er leidet bekanntlich an einer so weit gehenden Einsichtslosigkeit in das Wesen und die Ziele der Socialdemokratie, daß er ein Buch über die „Ausichtslosigkeit der Socialdemokratie“ schreiben konnte. In der letzten Zeit ist er vor allem als nationalökonomische Egeria der Garbenischen „Zukunft“ und als Verfasser der zwei dicke Bände füllenden „Zeit- und Kernfrage“ thätig gewesen.

Diese „Zeit- und Kernfragen“ sind ein mixtum compositum, ein Sammelsurium der allerverschiedensten Dinge; bald wiegt der journalistische Leichtsin, bald das Dunkel des deutschen Professorenthums vor in der Behandlung der die heutige Welt bewegenden Fragen. Nehmen wir eine derselben heraus: die Rüstungs- und Zukunftskriegsfrage.

Wir leben bekanntlich in einem bewaffneten Frieden. Damit „Europa Ruhe hat“, giebt es jährlich über 4 Milliarden Mark für Heereszwecke aus, gerade ungefähr zehnmal so viel als für Kultur- und Bildungszwecke! Deutschland allein opfert jetzt jährlich über 700 Millionen Mark, seit dem Abschluß des glorreichen Krieges 1870/71, bereits mehr als 13 Milliarden. Wohin bereits die ewigen Rüstungen geführt haben, ist bekannt genug. Ein Staatskarren nach dem andern wird in den großen Graben, Bankrott genannt, kutschirt; die ödeste Solatenbarbarei tritt an die Stelle der modernen Kultur und Civilization, wir leben im — fin de siècle.

Was sagt Professor Schäffle zu dieser Frage?

Nicht viel, vor allem nicht viel Gescheites. Statt aus den angegebenen Zahlen die unbedingte Nothwendigkeit der Abrüstung herauszulesen, wie es jeder Mensch mit normalem Menschenverstande thut, stait zu betonen, daß sich angesichts dieser Lage Europa's Deutschland ein großartiges Verdienst um die ganze Culturwelt erwerben könnte, wenn es den Muth fände, die allgemeine internationale Abrüstung vorzuschlagen, statt dessen vertheidigt er die immer weiter gehenden Rüstungen.

Er argumentirt so: jetzt legen wir allerdings 700 Millionen Mark jährlich auf dem Altare der Kriegsgöttin nieder; das ist viel. Wir wollen es aber gern bezahlen, um später nicht etwa noch mehr blechen zu müssen, dann nämlich, wenn wir im Zukunftskriege den Kürzeren zögen.

Nach ziemlich genauen Berechnungen — so genau eben solche Rechnungen ohne den Wirth sein können — würde ein zukünftiger Krieg mit Frankreich 24 bis 30 Milliarden Mark kosten; der Verlierer muß die Kosten des Krieges bezahlen. Selbstverständlich kann das nur auf dem Wege der Anleihen gemacht werden. Der besiegte Staat müßte demnach jährlich mindestens 1200 Millionen Mark Zinsen bezahlen. Das macht mit den fortlaufenden Rüstungskosten von jährlich 700 Millionen Mark zusammen 1900 Mark, oder, eher mehr als weniger, rund 2 Milliarden Mark pro Jahr. Um nun später nicht so ungeheuer viel bezahlen zu müssen, wollen wir lieber jetzt die 700 Millionen Mark bezahlen, eventuell auch etwas mehr, um immer so gerüstet zu sein, daß wir nach aller Wahrscheinlichkeit Sieger bleiben.

So argumentirt Professor Schäffle für Deutschland. Er überlegt dabei zunächst gar nicht, daß ein

französischer Schäffle genau so für Frankreich, ein russischer für Rußland u. s. w. argumentiren muß, und daß schon daraus die Widersinnigkeit der ins Ungemessene steigenden Heeresausgaben hervorgeht. An das Ende dieser Friedensrüstungen denkt der Gelehrte nicht.

Mit welchem Recht man wohl übrigens den jetzigen Zustand Frieden nennt? Wir leben ja mitten im Kriege, im offenen, socialen Kriege und im latenten auswärtigen Kriege. Der „innere Feind“ ist ja am Neujahrsempfang der Berliner Generalität mit dankenswerther Offenheit als der schlimmste Gegner Deutschlands hingestellt worden.

Uebrigens, um auf Prof. Schäffle zurückzukommen, die wahrscheinlichen Kosten des Zukunftskrieges zeigen deutlich, daß ein derartiger Krieg unausführbar ist. Die Massen des Volks sind durch die Friedenslasten schon genügend ausgepowert, die Staaten thun nicht das Geringste dazu, daß sie sich einigermaßen erholen, obgleich sie selbst aus Steuerrückichten ein Interesse daran hätten. Unsere Kapitalistenklasse hat nun zwar Milliarden genug, aber es ist Hundert gegen eins zu wetten, daß ihr Patriotismus des Geldbeutels nicht so weit reichen würde, die nothwendig werden Anleihen zu decken, da der anstehende Staat trotz der günstigsten Zinsenversprechungen am Ende doch unfehlbar bankerott werden müßte. Hier könnte dann nur die hohe Besteuerung der großen Vermögen, ja nur ihre theilweise oder ganze Confiscation helfen.

Dazu werden es aber die Patrons des Kapitals, die modernen capitalistischen und selbst capitalistisch wirthschaftenden Staaten nicht kommen lassen oder vielmehr, die Capitalisten selbst und ihre Wortführer, die ja in solchen Dingen das erste Wort haben, werden das verhindern.

Maulwürfe.

Roman von Nicolaus Krauß.

33] [Nachdruck verboten.]

Mit fester, klarer Stimme gab Gyla seine Generalien ab.

„Was führte Sie nach Ulmenau?“ frag ihn der Präsident.

„Ein Beschluß der Partei, den Streikenden Hilfe zuzufügen.“

„Wer gab Ihnen den Auftrag?“

„Darauf verweigerte ich die Antwort.“

„Was führt Sie zu dem Schlosse?“

„Der Wunsch, die Arbeiter von einer Dummheit abzuhalten.“

„Die Anklage legt Ihnen zur Last, Sie seien der Anführer des ganzen Tumultes gewesen, und meint, Sie hätten dies aus Rache gethan: Sie sind früher Erzieher bei Herr Krögis gewesen und dort entlassen worden.“

„Dem widerspreche ich. Eine Rede hielt ich allerdings, aber ich predigte nicht Aufruhr, sondern Vernunft. Meine Absicht ist mir allerdings mißglückt.“

„Nun, wir werden ja sehen, was die Zeugen dazu sagen.“

Das Zeugenverhör nahm drei Tage in Anspruch; es waren über achtzig Zeugen vorgeladen, und recht niederbezügliche Leute saß's darunter. Man konnte zwei

Parteien unter ihnen entscheiden: Die Weber und die Pächter.

Die Ersteren suchten die Angeklagten möglichst zu entlasten, die Anderen, sie hineinzuhauen. Von den Pächtern sagte fast jeder dasselbe aus, so daß ein Vertheidiger den Verdacht aussprach, es sei ihnen ihre Aussage von einer dritten Person eingelehrt worden.

„Es war an einem Montag Nachmittag, um 4 Uhr. Ich war in meinem Hause mit einer kleinen Arbeit beschäftigt, als“ . . . lehnte bei der Aussage eines jeden Pächters wieder.

Nur ein Zeuge beschuldigte Gyla, an der Spitze der Crawallmacher gestanden zu haben, alle anderen bestritten, daß er die Arbeiter in seiner Rede aufgefördert, ruhig nach Hause zu gehen.

Auch die beiden Krögis, von Knipphausen und Elisabeth waren als Zeugen geladen worden. Die Männer nannten alle Gyla den Anführer des ganzen Kummels, Hans Krögis bezeichnete die That als einen Racheact.

Der Präsident frag den Fabrikanten, wieso es gekommen, daß er den Lohn herabgesetzt habe. „Sehen denn die Geschäfte gar so schlecht?“

„Nein, gerade so schlecht gehen sie nicht, aber doch nicht wie sonst. Wenn ich aber die Woche nicht tausend Gulden Nettogewinn habe, lasse ich überhaupt nicht arbeiten. Die Leute sollten froh sein, wenn ich ihnen überhaupt Arbeit gebe; ihue ich das nicht, so verhungern sie.“

Freitag Nachmittags gab Elisabeth ihre Aussage ab. Sie war ganz bleich, als sie vor den Richtertisch trat, und ihre Stimme zitterte merklich, als sie ihren Namen nannte.

„Ist Ihnen der Angeklagte Gyla bekannt?“ frag sie der Präsident.

„Ja, der Angeklagte ist mir bekannt; er lebte über ein Jahr in unserem Hause als Erzieher.“

„Standen Sie sonst in einem Verhältnisse zu ihm?“

Knipphausen sprang vor seinem Sitze auf, und auch der alte Krögis runzelte die Stirne.

„Was sollte meine Tochter mit einem Hauslehrer zu thun haben?“

Purpurgluth hatte sich über Elisabeths Antlitz ergossen.

„Es wird von einer Zeugin behauptet,“ fuhr der Vorsitzende fort, „sie hätte Sie, Frau Zeugin, an dem fraglichen Abend aus dem Schlafhause „Zum silbernen Brunnen“, in welchem Gyla wohnte, herauskommen gesehen. Gyla selbst verweigert darüber jede Auskunft. Wollen Sie uns darüber Auskunft geben?“

Einen Blick warf Elisabeth nach Gyla und sah sein Antlitz, in dem jede Faser vor Erregung zuckte. Und langsam kam es über ihre Lippen:

„Ja. Ich war bei ihm. Er versprach mir, die Arbeiter zu beruhigen. That es auch. Ich stand im Schatten der Thür und hörte seine Rede.“

„Die Revolut fällt schnell einen Stuhl!“

So steht es mit der Wahrscheinlichkeit eines großen äußeren Krieges. Wie es mit inneren Kriegen ist, das steht auf einem anderen Brette.

Bur Lage in Rußland.

Nach dem Tode Alexanders III. erwartete man in Rußland und nicht weniger im übrigen Europa einen Umschwung in der inneren Politik Rußlands, man gab sich der Hoffnung hin, daß der junge Nachfolger Alexanders III. ein ruhigeres, vom Fanatismus ungetriebenes Auge für die Lage des russischen Volkes haben werde, und daß es in Folge dessen den vernünftigeren, also menschlicheren Elementen in der Umgebung Nicolais II. möglich sein werde, Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Es fehlte auch nicht an Aufklärungen seitens angeblich in die russischen Hofverhältnisse Eingeweihter, welche in dem neuen Herrscher des Czarenreiches Qualitäten erblickten, welche eine günstige Wendung in den Geschicken des russischen Volkes erwarten ließen.

Wochen sind schon vergangen, seitdem Nicolaus II. die Herrschaft übernommen; mit athemloser Spannung wird jede seiner Handlungen verfolgt: eine Legion von Commentatoren sucht jedes Wort, jeden Schritt zu deuten, um irgend einen festen Punkt als Basis für die Kenntniß der künftigen Verhältnisse Rußlands zu gewinnen. Umsonst, Nicolaus II. ist für alle Berechnungen noch heute eine ebenso unbekannte Größe, wie er es als Kronprinz und in den ersten Tagen seiner Regierung gewesen.

Weshalb? Die Sache ist sehr einfach. In der russischen Regierung ist nicht viel Raum vorhanden für die Geltendmachung der Individualität des Herrschers, oder wenigstens wird es ihr nicht leicht, sich geltend zu machen. Das er scheint paradox, denn Rußland ist das Reich der härtesten Autokratie. Aber in der That wird Rußland durch ein System beherrscht, das Ausdruck findet in einer rücksichtslosen, gewaltthätigen Clique, in deren Händen alle Fäden des öffentlichen Lebens zusammenlaufen, vor der Alles sich beugen, mit der nothgedrungen selbst der allgewaltige, selbstherrschende Czar rechnen muß.

Die Behandlung von Rußisch-Polen ist symptomatisch für die herrschende Stimmung in Rußland, und die Augen Europa's sind so aufmerksam auf die Vorgänge in Rußisch-Polen gerichtet, wie der Blick eines Meteorologen auf das Barometer, das ihm künftige Stürme voraussagt.

Und das Barometer für die politische Witterung in Rußland sagt nichts Gutes voraus.

Anfangs freilich da schien es anders; die ersten Regierungswaeregeln des Czars Nicolaus II. waren Concessionen für die unterdrückten Polen, General Gurko, der Herrscher Rußisch-Polens, fiel in Ungnade, und er wurde entlassen; eine Reihe von Verordnungen, welche steigende Verbitterung hervorriefen, wurden aufgehoben, vor Allem das schwer empfundene Verbot polnischer Anklünder auf den polnischen Eisenbahnstationen und eine Reihe gleich kleinlicher, wie qualender Ulfase. Die offiziell in Rücksicht auf den Gesundheitszustand Gurkos erzielte Entlassung enthielt eine Be-

das Publikum. Zusammenfassend sank Gleibich in die Arme ihres Vaters.

Die Sitzung wurde unterbrochen. Einen Augenblick standen Kripphausen und Gyla einander gegenüber und blickten einander in die Augen, und einem jeden von ihnen loderte daraus entgegen eine Flamme des tödtlichsten Hasses.

Am Samstag hielten der Staatsanwalt und die Verteidiger ihre Reden. Diese hatten einen schweren Stand gegen den kleinen Mann, dessen Stimme und Folgerungen so scharf waren, wie ein Rasenmesser. Der Staatsanwalt machte den Geschworenen die Hölle ordentlich heiß; mancher von ihnen rutschte auf seinem Stuhl umher, als läße er auf einer glühenden Platte. Er schilderte die Verbrechen der Angeklagten, kennzeichnete die Ziele der Revolutionäre, die ein Herz über die ganze Erde gespannt hätten. Ganz besonders gefährlich aber seien Leute vom Schlage Gylas. Durch ihre Thätigkeit werde es ihnen leicht, die ungeliebten Arbeiter für ihre Ziele und Zwecke zu mißbrauchen. Die trübten Erfahrungen ihrer Jugend hätten in ihre Brust den Stachel des Hasses und der Rache gegen alle Reichen, gegen alle Besitzenden gepflanzt. Ihr Ziel sei: vollständige Umwälzung des Bestehenden, Aufhebung des Eigenthums, Aufhebung der Ehe, Aufhebung der menschlichen Gemeinschaft. Ihre Arbeit sei der des Mannichs zu vergleichen; sie wüßten im Verborgenen, weil ihre Thaten das Licht scheuen müßten. Nur manchmal träten, wie hier in Ulmerau, die Folgen ihrer verwerflichen Thätigkeit zu Tage; dann sei es

urtheilung seiner Regierung. Er erhielt ein Dankschreiben für seine Dienste im Kriege; seiner Verdienste im Civildienste that der Czar keine Erwähnung, ein Ausdruck höchster Mißbilligung. Die Demuths- und Concessionspolitiker in allen Theilen Polens hatten gute Tage: Rußland macht Concessionsen, der höchste Triumph aller Kriegererei. Wir erlebten das unglaubliche Schauspiel einer wirklich freiwilligen Illumination Warschaws zu Ehren des russischen Czars, eine Illumination, bei der Alles in Licht erstrahlte, in nie gesehener Pracht — bis auf die Klemmer und Wohnungen Gurkos und seiner Untergebenen.

Heute ist es bereits aus mit dem Triumph; die Presse, die mit Siegesgeheul die Luft erfüllte, steht traurig da, mit herabhängendem Kopf und eingeklemmten Schweiß.

Gurko hat einen eigenhändigen Brief des Czars erhalten, voll Lob über seine Wirkthätigkeit in Polen und mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß er zurückkehren werde in den civilen Dienst zur Freude des Czars und zum Wohle des Reiches. Die polnischen Ankündigungen auf den Bahnstationen wurden herabgerissen, die Nachricht, es würden hervorragende Polen zur Information des Czars an den Hof berufen werden, erwies sich als falsch, kurz, eine Hiobspost nach der anderen. Die Politik der Feigheit und des Verrathes hat sich wieder einmal als falsch erwiesen. Der Opportunismus, nicht nur der polnische, endet immer wie er als verrothener Verräther.

Das alte Rußland kann seinen Frieden nicht machen mit der polnischen Bourgeoisie. Die Czaren haben gewechselt, das System ist geblieben: es beherrscht Rußland unter Nicolaus II. wie unter Alexander III. Jetzt heißt es in Rußland Pöbelenoszew, er ist die Verkörperung des Systems. Man erlaubte dem Czaren, eine kleine Weile zu spielen. Nun wird es aber wieder Ernst.

Die einzige Frage ist, wie lange Rußland dieses System noch ertragen wird; die Wendung muß und wird kommen, aber schwerlich von oben, sondern von unten.

Politische Rundschau, Deutschland.

Die Socialdemokratie als letzte Zuflucht gegen die Reaction. Ich bin kein Socialdemokrat, wenn es aber noch fünf Jahre so fortgeht, so werde ich es auch noch, und die Fuchsmühler Affaire und das gegenwärtige Gesetz werden die socialdemokratischen Stimmen um 50,000 vermehren, so sprach im Reichstag der Führer der radicalen Bauern in Bayern, Dr. Sigl. Diese Worte sind nicht bloß ein Zeichen der Thatsache, daß in Deutschland, als in dem Lande, wo die Staatsgewalt am festesten wurzelt, in einem gewaltigen, mächtig angehaltenen Militarismus und Bureaucratismus, wo der Capitalismus eine nach europäischen Begriffen unerhörte rasche Entwicklung genommen hat, dem Lande der großen Ereignisse und der großen wirtschaftlichen Umwälzungen, die sociale und politische Spannung höher gestiegen ist als anderswo in Europa. Diese Worte sprechen noch ein anderes thätliches

auch die höchste Zeit, dagegen einzuschreiten. Wenn Sie dem vorliegenden Gerichtsaktsgefühl Genugthuung verschaffen wollen, wenn Sie wollen, daß der ehliche, arbeitende Bürger die Früchte seines Schweißes auch in Zukunft genießen soll, dann bleibt Ihnen nur ein Wahrspruch: „Schuldig!“

Die Anwälte, weißt ex officio Verteidiger, suchen mit wenigen Worten ihrer Pflicht Genüge zu thun. Nur einer — er führte Gylas und Kripphausen's Sache — setzte zu einer längeren Rede an.

Ich werde mit der Fülle der Wahrheit in das Phantasmagorische des Herrn Staatsanwaltes hineinleuchten und es vernichten, daß nichts mehr übrig bleibt, als ein Haufen zerfallender Asche.“

Auch den verschiedenen Repliken und Dupliken fragte der Vorsitzende, ob noch Jemand von den Angeklagten etwas vorzubringen habe. Es meldete sich nur der Angeklagte Paul Gyla:

Hohes Gerichtshof! Meine Herren Geschworenen! Wenn ich mir erlaube, Ihre Geduld noch etwas in Anspruch zu nehmen, so thue ich das, um noch einige Thatsachen richtig zu stellen und über einige Dunkelheiten Aufklärung zu geben. Ich fühle mich um so mehr dazu gedrängt, weil man mich für den Führer der angeklagten Genossen, für den Urheber der Umwälzung nennt hat. Die Anklage hat auf die Gefährlichkeit meiner Person hingewiesen und meint ihr Urtheil darüber, ich sei sehr gebildet. Andererseits sagt dieselbe Anklage, daß gerade durch die Unwissenheit der Arbeiter durch ihre nicht wissenschaftliche Meinung die größte

Verhältniß aus. Die Socialdemokratie in Deutschland die mächtigste und zahlreichste aller Arbeiterparteien hat im Bewußtsein der Gesamtbevölkerung Deutschlands die Rolle bekommen des letzten Retters, des letzten Widerstandes gegen sociale und politische Noth und Gefahr.

Mit König Stumm und seiner Begeisterung für die Umsturzvorlage sind selbst die Conservativen nicht einverstanden. Ihre Presse verhält sich gegenüber den Stummischen Radicalmitteln zur Ausrottung aller Socialdemokraten entschieden ablehnend. So erklärt der „Reichsbote“:

Herr von Stumm erblickt die einzige Hilfe in der Anwendung von Gewaltmitteln, zunächst Ausschließung aller Socialdemokraten vom activen und passiven Wahlrecht und Ausweisung der Agitatoren. Allein auch diese Maßregeln würden nichts nützen; denn an der Wahlurne sieht man es Niemand an, ob er Socialdemokrat ist oder nicht, und wenn erst ein solches Gesetz bestände, würde sich erst recht Niemand als Socialdemokrat zu erkennen geben und auch im Parlament würden die Gewählten sich wahrscheinlich einem anderen Parteimitgliede beilegen, und so würde die ganze Maßregel ein Schlag ins Wasser werden. Die Socialdemokratie aber würde den Vortheil des Martyrium für sich haben und unter anderem Namen wahrscheinlich noch weiter wachsen. So geht es nicht.“

Ebenso wenig ist die junkeliche „Kreuzzeitung“ von den Vorschlägen des König Stumm entzückt. Sie meint: Herr v. Stumm ist vielleicht der einzige unbedingte Freund der Umsturzvorlage, an der er nur auszusagen hat, daß sie nicht noch schärfer „Gewalt“ gegen „Gewalt“ setzt. Sein kurzer Gegenentwurf, den Socialdemokraten das active und passive Wahlrecht zu entziehen und ihre Agitatoren zu expatriiren dürfte doch wohl auf nicht allzuviel Stimmen zu rechnen haben, wenn er überhaupt ganz ernst zu nehmen war.“

Noch schärfer spricht sich „Das Volk“ des Herrn Stöcker aus, der vielleicht das Bedürfnis fühlt, sein Staatsstreichgellüste zu verschleiern. Das Blatt weist die Ausführungen, daß die Socialdemokratie „die Unzulässigkeit zum Princip mache, während die bürgerliche Gesellschaft die Unzulässigkeiten tadelt und Unwürdig ausstoße“, scharf zurück. Ueber die Art, wie Herr von Stumm durch Entziehung des Wahlrechts und durch Ausweisung die Socialdemokratie unterdrücken will, sagt das „Volk“:

„Daß der Staat augenblicklich noch die Macht hat, ein solches Gesetz zur Ausführung zu bringen und damit die Socialdemokratie äußerlich todt zu machen, glauben wir. Aber das ist doch klar: herabzu man 1/2, Millionen deutscher Staatsbürger ihres wichtigsten Rechtes, des wahren Rechtes, nimmt man ihnen so die einzige Möglichkeit, ihre gerechten Wünsche und Beschwerden an der richtigen Stelle zum Ausdruck zu bringen, so beseitigt man vielleicht die Socialdemokratie. Aber man züchtet Anarchismus, Nihilismus, zum Schusse die Revolution, der man dann nicht mehr mit gutem Gemüthe entgegenreten könnte. Zum Glück ist Freiherr v. Stumm nicht in der Lage, seine Herzenswünsche gesetzgeberisch zu verfechten. Bedauerlich bleibt es nur, daß sein Rath in maßgebenden Kreisen gehört wird. Man sollte in diesen Kreisen doch bedenken, daß die Socialdemokratie selbst so lange in weiten, nicht socialdemokratischen Kreisen als eine natürliche und darum gemäßigtere berechtigte Erscheinung angesehen werden wird, wie es Männer an einflussreicher Stelle giebt, die

Gefahr vorhanden sei, da: von jenem Moment an, wo die Arbeiter sich der socialen Frage bemächtigten, die Bewegung eine gefährliche geworden sei. Also: Wer beschäftigt sich ein Gebildeter mit der socialen Frage, ist er gefährlich — wegen seiner Bildung; beschäftigt sich ein Arbeiter mit den Ursachen seiner socialen Lage, so ist er ebenfalls gefährlich — wegen seiner Nichtbildung. Wo ist da die Logik, meine Herren, wo die Konsequenz?

Man hat so viele Zeugen vernommen, und aus nicht einer konnte etwas Ungünstiges über mich ausgesagt werden. Allerdings, ich bekenne es frei und offen, ich bin ein Anhänger der socialistischen Ideen, ich glaube, daß der Arbeiter aus seiner geistigen Trägheit, aus seiner geistigen Versumpftheit emporgehoben werden muß, soll er in der Gesellschaft eine würdige Stellung einnehmen, sollen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zum Besseren sich gestalten. Mein Wahrspruch ist: Durch Bildung zur Freiheit; darnach habe ich mich immer gehalten. Und das ist doch kein Verbrechen. Ich habe keine Mühe gescheut, meine geistige Erkenntniß zu vervollkommen. Wenn nun die Natur mir gestattet, meine Mitbrüder zu belehren, und wenn ich dieses auch versucht habe, wollen Sie das ein Verbrechen kennen?“

Gyla schilderte im Verlauf seiner Rede den Vorgang beim Arbeiteranstande und schließt mit den Worten:

Was mich betrifft, so glaube ich, daß die ganze große, schwere Anklage, welche gegen mich erhoben

Gleich Freiherrn v. Stummen Rechte der Arbeiter über-
haupt nicht anerkennen, sondern sie mit Wohl-
fahrtsvereinen, d. i. Almosen, abspesen wollen."

Ein Theologe über die Umsturzvorlage. Die
von dem württembergischen Vicentianen Schrempf her-
ausgegebene „Wahrheit“ schreibt in einem Artikel über
die Umsturzvorlage:

„Ein grober und unverständiger Beamter oder
Offizier macht mehr Leute rebellisch als zehn Socialisten-
führer. Ein Ausbeuter, ein Bucherer, ein Riesen-
Schwindler, ein Wüstling u. s. w.; sie sind „sociale
Brandstifter“ und „Umstürzler“ gefährlichster Art. Alle
Anarchisten und Socialdemokraten Frankreichs sind in
Beziehung auf Unterwühlung des Staates, auf Be-
förderung des Umsturzes u. s. w. die reinsten Waisen-
kinder gegen die Panamisten und die bestochenen Ab-
geordneten. Ob nicht die Thaten eines Reinach, Herz,
Anton u. s. w. die Missethate eines Ravachol und Henry
an Staatsgefährlichkeit übertraffen, ganz abgesehen da-
von, daß erstere den letzteren allen Glanzen an die
Menschheit aus dem Herzen rissen! Nicht Staatsanwälte,
sondern muthige und ehrliche Bürger müssen den Um-
sturz mit Wort und That bekämpfen; die Hauptsache
im socialen Kampfe der Gegenwart kann kein Straf-
paragraph und kein Richter besorgen. Weil wir ernst-
haft wider den Umsturz sind, deshalb sind wir gegen
die Umsturzvorlage!“

Es ist gelungen und zwar ohne Umsturzgesetz,
dem „Socialist“ in Berlin das Lebenslicht auszu-
blasen. Seine letzte Nummer ist, wie wir kurz mit-
theilten, am Sonnabend erschienen. Es ist nur ein
einseitiges Flugblatt, in welchem den Lesern das vor-
wärtige Eingehen des Blattes zur Kenntniß gebracht
wird. Am Schluß des Artikels heißt es u. A., daß
andere Kräfte überlassen werden muß, die Arbeit
aufzunehmen und das große Werk zu beginnen, an das
man gerade herangehen wollte, nämlich: „die Neu-
belebung des wirtschaftlichen Kampfes, die Um-
gestaltung der Arbeiter-Gewerkschaften zu
reinen Produktions- und Consumtions-Gruppen,
die die Grundlage abgeben müssen für die freie Ge-
sellschaft der Zukunft.“ — Wenn die Leute nichts
weiter beabsichtigen, so hätte sich Herr Staatsanwalt
Dr. Benedix durchaus nicht so bemühen brauchen. —
Der „Socialist“ ist unterdrückt worden, aber die ge-
waltthätige Unterdrückung einer vorhandenen
Geistesströmung ist, wie der „Vorwärts“ sehr richtig
bemerkte, noch niemals gelungen und noch niemals
von Segen gewesen.

Der Kaiser hat nach dem „Hamb. Corresp.“
bejagt: „Mein Großvater hat das preussische Heer
groß gemacht, ich will versuchen, die deutsche Marine
in die Höhe zu bringen.“

Der Gewerbeverein christlicher Bergleute will,
wie man der „Berliner Volkszeitung“ aus Essen schreibt,
an den Reichstag folgende Petition senden:

Mehr als je ist in Anbetracht der wirtschaftlichen
Verhältnisse der Arbeiter das Bedürfnis nach einer sach-
genössenschaftlichen Vereinigung zu einer unabwiesbaren
Nothwendigkeit geworden. Wir haben daher mit Freuden von
der Einbringung eines diesbezüglichen Antrages Kenntniß
genommen, und hegen die Erwartung, daß recht bald dem
Gesetzentwurf, betreffend die Verleihung von
Corporationsrechten an Berufszweige, die
verfassungsmäßige Zustimmung erteilt wird. Soll jedoch
das in Aussicht genommene Gesetz seinen Zweck erfüllen,

wurde, in ihre Atome aufgelöst ist. Was ich gethan
habe, ist absolut mit keiner strafbaren Handlung in
Verbindung zu bringen. Das, was ich bin und was
ich mir denke, unterliegt doch jedenfalls keiner Ver-
antwortung, und das, was ich mir denke, ist nicht
einmal strafbar. Ich verlange weder Mitleid noch
Nachsicht. Wenn ich etwas Strafbares gethan, werde
ich es auch voll und ganz verantworten und die Strafe
ertragen müssen; aber da ich nichts gethan habe, brauche
ich das Recht. Was ich verlange, was ich wünsche,
das ist Gerechtigkeit.“

Gyula hatte in der vordersten Anklagebank gesessen,
an der Ecke. In seiner Erregung war er aus der
Bank herausgetreten und stand knapp vor den Ge-
schworenen. Die langen schwarzen Haare flogen ihm
über die Stirne, und seine Arme zerschlugen die Luft.

Die Zuhörer hielten den Athem an. Hell und
klar erklang Gyulas Stimme durch den Raum, ein warmer,
belebender Ton durchzitterte sie.

Als er geendet, erschallten laute Beifallsrufe im
Richtungsraum, die junge Mädchen neben Gyulas
Mutter schwebte ihr Taschentuch; viele der Angeklagten
weineten, die Geschworenen gerieten in Bewegung.
Aber kein tadelndes Wort kam über die Lippen des
Präsidenten.

(Fortsetzung folgt.)

dann erachten wir es für dringend notwendig, daß den
eingetragenen Berufsvereinen auch bestimmte Rechte
eingeräumt werden. Zu diesen rechnen wir insbesondere
die Einrichtung von Arbeitsnachweisungen und die Unter-
stützung von Berufsgenossen bei Lohnkürzungen, bei un-
verschuldeter Arbeitslosigkeit, bei Arbeitsausständen und
bei den vielfach vorkommenden Arbeitsausschlüssen seitens
der Arbeitgeber. Nicht minder unerlässlich ist die Beschluß-
fassung über alle die mit dem Berufsinteresse zusammen-
hängenden Fragen.

Soll der wirtschaftlich schwächere Theil des Volkes
durch ein Gesetz, betreffend die eingetragenen Berufs-
vereine, geschützt und gefördert werden, dann bitten wir,
nur einem solchen die Zustimmung zu geben, in dem die
oben erwähnten Hauptpunkte enthalten sind.

Eines hohen Reichstags ehrenbietig ergebener Central-
Vorstand des Gewerbevereins christlicher Bergleute für den
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Vorstand desselben Gewerbevereins fordert die
Ausschussmitglieder auf, allerorts Versammlungen zwecks
Erwerbung von Mitglieberein anzuberaumen. Bis jetzt
sind 68 Anmeldestellen errichtet worden. Die erste
Generalversammlung des Gewerbevereins findet am
31. März in Essen statt.

Fürst Hohenlohe hat am Sonntag Bismarck
besucht. Ob ihm der „Eiserne“ ein Privatissimum
über parlamentarische Redekunst gelesen hat?

Parlamentarisches.

Die Reichstagscommission zur Berathung der Um-
sturzvorlage ist am 14. d. M. nach der Plenarsitzung gewählt
worden und hat sich konstituiert. Sie besteht aus folgen-
den Abgeordneten: Vom Centrum: Abgg. Lerno, Greiß,
Dr. Lieber, Dr. Hintelen, Spahn, Dr. Bachem, Dr.
Marcour, Reidl; Reichspartei: Abgeordneten Pöhlmann,
v. Stumm, Baumbach; Conservative: v. Hammerstein,
Graf Moor, v. Salsch, v. Buchka, Hüpeden; National-
liberale: Dr. Böttcher, Volk, Dr. Ennecerus, Mann;
Freisinnige Vereinigung: Dr. Barth; Freisinnige Volks-
partei: Mundel, Lenzmann; Polen: Dr. v. Wolzlegier;
Antisemit v. Liebermann und von unserer Seite: Babel,
Auer und Frohme. — Vorsitzender ist Abgeordneter
Dr. Böttcher (natl.), Stellvertreter v. Stumm, Schrift-
führer: Lerno, Hüpeden, Lenzmann und Frohme. Die
Commission tritt Donnerstag Vormittag 10 Uhr zur
ersten Sitzung zusammen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wegen der jüngsten Ausschreitungen in Dörr-
grund sollen nach einer Meldung des „Königsgräber
Localblattes“ bei dem dortigen Kreisgerichte sechszehn
Anklagen von der Staatsanwaltschaft erhoben worden
sein. Darunter auch eine Anklage gegen Christine
Ringler, deren angebliche Visionen die Veranlassung der
Excesse waren.

Die ungarische Ministerkrise ist nun zu Ende.
Baron Banffy ist der Nachfolger Bekeres geworden,
das Ministerium ist liberal. Die Liste, welche am
Montag dem Kaiser vorgelegt wurde, enthält folgende
Namen: Banffy Präsidium, Labielaus Lufacs Finanzen,
Dehderius Prozel Inneres, Alexander Götvösi Justiz,
Graf Fesetitsch Ackerbau, Blasics Unterricht und
Cultus, Ernst Daniel Handel, Fejervary Landesver-
theidigung und provisorisch a. latere, Jospovitich
Minister für Croaticen.

Italien.

Kammerwahl. Im 4. Wahlkreise von
Palermo wurde bei der Stichwahl Garibaldi
Bosco, welcher vom Militärgericht verurtheilt war,
gewählt, während Bananno unterlegen ist.

Demonstration gegen Crispi. Die Eröffnung
des Strafrechtscurfusus des socialistischen Deputirten
Enrico Ferri gestaltete sich zu einer großen Demon-
stration der Studenten gegen Crispi. An 500 Studenten
wohnten der Vorlesung bei und nahmen die politischen
Anspielungen des Lehrers mit stürmischem Beifall auf;
sie begleiteten darauf Ferri unter beständigen Zurufen
bis zum Minerva-Platz und begaben sich dann vor die
Redaktionen der „Tribuna“ und des „Giornale“, wo
sie „Perreat Crispi!“ und „Verkaufte Presse!“ riefen.
Zwei Studenten wurden verhaftet.

Belgien.

Gegen die Annexion des CongoStaates. Aus
Brüssel meldet „Girsch's L.-B.“ unterm 14. d. Mts.:
In einer starkbesuchten Versammlung legten die socia-
listischen Abgeordneten Bertram und Van der Velde
dar, daß die Annexion des CongoStaates dem Lande
durchaus schädlich sei. Sogar unter den katholischen
Blättern wenden sich einige entschieden gegen dieses
Unternehmen. Die einzige Lösung der Frage sei die,
das Unternehmen einem Volksreferendum zu unterbreiten.

Frankreich.

Die Ausschließung Rouanets. Ueber die
Kammer Sitzung vom 12. Januar die wie bereits
gemeldet, mit der Ausschließung Rouanets endete,
geht der „N. Fr. Pr.“ folgender ausführliche Bericht zu:

Um 5 Uhr Nachmittags füllte sich der Saal, der
bisher leer gewesen. Rouanet bestieg die Tribüne.
Diese Stille tritt ein, und Rouanet sagt: Ich hatte
einen Abänderungsantrag vorbereitet, welcher der Kammer
gestatten sollte, ihre Willensmeinung gegen Finanz-
scandale auszudrücken. Leute, die ihre Millionen un-
ehrlich erworben haben, gehören nicht in die Ehren-
legion. Wir hätten mit Bezug darauf eine moralische
Kundgebung veranstalten können. (Beifall.) Die Re-
gierung hat es nicht wollen, darum ziehe ich meinen
Antrag zurück. Ich glaube nicht, daß diese
Kammer in der Lage ist, ein Votum der politi-
schen Ehrlichkeit abzugeben. (Bewegung, aber
ineswegs der Sturmärm, mit dem sonst schon mindere
Beleidigungen aufgenommen werden.) — Präsident
Briffon: Ich werde den Censur-Paragraph verlesen,
wenn Sie dieses Wort nicht zurückziehen. —
Rouanet: Ich sagte, daß es hier Abstimmungen gab,
die nicht auf politischen Gründen beruhten, sondern
durch persönliche Interessen getrieben waren. —
Präsident Briffon: Ziehen Sie Ihre Aeußerung
zurück, Ja oder Nein? — Rouanet: Vor eine solche
Alternative gestellt, sage ich Nein. — Präsident Briffon
will nun den Censurartikel verlesen, da eilt Millerand
die Tribüne hinauf und sagt: Die Kammer möge be-
denken, ob sie jetzt im Stande ist, über die Censur
Rouanets zu entscheiden. — Präsident Briffon:
Wollen Sie Rouanet entschuldigen oder die Kammer
von neuem beleidigen? — Millerand: Ich darf sagen,
daß die Kammer jetzt durch ihre Leidenschaft verhindert
ist, unbezungen zu urtheilen. Im Namen Rouanets
wie in dem aller Socialisten erkläre ich, daß vorgestern
eine sonderbare Abstimmung stattfand. Am Morgen des
Tages, wo über Graunt-Richards Freilassung verhandelt
wurde, erschien im „Figaro“ ein Artikel, der in der Kammer
großes Aufsehen erregte. Nie war eine solche Beleidigung
einer Volksvertretung zugefügt worden. Es hieß im
Artikel: „Entweder ihr werdet für die Regierung
stimmen oder der Untersuchungsrichter schickt euch ins
Gefängniß von Mazas.“ (Lärm im ganzen Hause.
Die Socialisten schreien: Nieder mit den Dieben!)
Millerand (fortfahren): Die Beleidigung bestand
nicht darin, daß eine solche Sprache geführt wurde,
sondern daß sie überhaupt geführt werden konnte.
Thatsächlich blätterte der Untersuchungsrichter damals
in den Strafacten von Deputirten und
Senatoren. Wenn Sie diese Individuen aus der
Kammer hinausgeworfen haben werden, dann können
Sie auch Rouanet hinauswerfen. Verhängen Sie
aber heute die Censur über ihn, so wird die öffentliche
Meinung für ihn sein. (Lärm. Mehrere schreien
Millerand zornig an.) — Millerand antwortet:
Was Sie mir zu sagen haben, sollen Sie mir auf
der Tribüne sagen. — Präsident Briffon: Auf
Zeitungsartikel haben wir keine Rücksicht zu nehmen.
Die Kammer ist erhaben über jede Beleidigung, die
nicht im Hause selbst begangen wird.

Nun wird durch die Erhebung von den Sitzen
über Rouanet's Ausschließung abgestimmt. Eine
große Majorität erklärt sich dafür. Rouanet ver-
läßt den Saal, seine Freunde schütteln ihm die Hände.
Einige rufen: „Es lebe die sociale Revolution!“ Dann
wird über das Budget der Ehrenlegion weiter ver-
handelt. Verschiedene Redner besprechen die Mißbräuche
bei Verleihung der Ehrenlegion. Der Boulangist
Marcel Habert citirt ein altes Couplet, welches be-
sagt: „Früher hing man die Diebe an Kreuze, jetzt
hängt man die Kreuze an die Diebe!“

Zum Proceß Dreyfus theilen Pariser Blätter
mit, daß nach den im Proceß Dreyfus vorliegenden
Beweisen Dreyfus verschiedene Pläne an das Ausland
ausgeliefert habe. Aus diesem Grunde hat das Kriegs-
ministerium die Eisenbahn-Verwaltung angewiesen, den
ganzen Dienst, die Militärtransporte betreffend, umzu-
ändern. Am 15. d. Mts. sollen diese Pläne dem
Ministerium eingereicht werden. Alle alten Mobili-
sierungspläne und Zeichnungen sollen vernichtet werden,
und zwar unter Aufsicht von Ministerialbeamten.

England.

Die erlogene Anarchisten-Geschichte. Nichts wie
Schwandel ist die Londoner Spitzengenerationsgeschichte.
Eine gewöhnliche Anarchisten-Propaganda, wie sie zu London
alle Jahre zu Duzenden vorkommen. Ein Dürschchen,
namens Cotin, 20 Jahre alt, der sich selbst als Corre-
spondenten des Pariser Polizeipräsidenten bezeichnete, ist
der „Gatlarot“. Natürlich hätte hatte er keine „So-

heimnisse" zu verrathen — jedenfalls weniger, als einige der „Entlarver“.

Portugal.

— Aus Lissabon wird unterm 13. d. Mts. gemeldet: Das Kriegsgericht hat gestern einstimmig die Capitane der portugiesischen Kriegeschiffe freigesprochen, an deren Bord im April v. J. brasilianische politische Flüchtlinge nach dem La Plata entkommen waren.

Türkei.

— Die Vorgänge in Armenien. Die „Agence de Constantinople“ ist, wie eine Meldung aus Konstantinopel vom 12. Januar besagt, ermächtigt, es für absolut falsch zu erklären, daß die Pforte sich an einige Mächte gewendet habe, um deren gute Dienste bei der russischen und englischen Regierung in der armenischen Frage in Anspruch zu nehmen. Die genannte Agentur ist weiter ermächtigt, die Nachricht über angebliche Unruhen in Sivas und Brussa entschiedenst zu dementiren, nachdem seit langer Zeit ununterbrochen in diesen Departements Ordnung und Ruhe herrschen. Die in der besagten Depesche erwähnten, angeblich von der türkischen Regierung geplanten Reformen waren von derselben niemals beabsichtigt. Die „Agence de Constantinople“ fährt aus dieser Quelle, daß die Nachricht, es seien in Tuzla dreißig gefangene Armenier Nachts nach Constantinopel eingeschifft worden, gänzlich unbegründet sei.

Parteiangelegenheiten.

Gegen die Umsturzvorlage. Fünf Protestversammlungen gegen die Umsturzvorlage fanden am Sonnabend in Dresden statt. Sie waren sämtlich stark besucht und hatten bis auf einen glatten Verlauf. In dieser Versammlung hatte der Referent, Genosse Heinke-Hamburg, eine geraume Zeit gesprochen, als ihm der überwachende Beamte das Wort entzog. In Folge der nun entstehenden Unruhe verfiel die Versammlung dem Schicksal der Auflösung. Eine außerordentlich zahlreich besuchte Volksversammlung, die am Sonnabend in Zwickau stattfand, erklärte sich nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten W. Stolte einstimmig gegen die Umsturzvorlage.

Der Vicr-Boykott in Magdeburg ist beendet worden.

Umsturz und Socialdemokratie. Unter diesem Titel erscheint im Laufe dieser Woche im Verlage der Vorwärts-Buchhandlung die zur Massenverbreitung bestimmte Broschüre, welche die im Reichstage in den letzten Tagen gehaltenen Beratungen über die Umsturzvorlage wiedergibt. Der starke Umfang, den diese Umsturzdebatte angenommen hat, ließ es angebracht erscheinen, die Generaldebatte in zwei Heften herauszugeben im Preise von je 15 Pfennigen und in der Stärke von je ca. 8 bis 9 Bogen (bei Partienbezug Rabatt). Das erste Heft erscheint am Mittwoch, 16. Januar, und erhält außer der Regierungsvorlage mit den Motiven die Heften von Niederdingf. Auer, Stamm, Gröber und die Erwiderung von Niederdingf. Das zweite Heft bringt die Debatten vom Donnerstag, Freitag und Sonnabend mit den trefflichen Ausführungen unseres Genossen Gradme.

Freiheitsproben. Genosse Hülle sollte in der von ihm redigierten „Freien Presse“ den Kirchenvorstand in Arolde beleidigt haben. Das Gericht schenkte nach längerer Verhandlung auf Freiheitsrechnung, da in dem incriminirten Artikel eine Beleidigung des Kirchenvorstandes, welcher den Strafanspruch gestellt, nicht gefunden werden konnte.

Das Sängergesetz in Grimmschen. Vom Zwickauer Landgericht wurde die Berufung des Genossen Müller aus Willkau gegen seine schöffengerichtliche Verurtheilung zu 45 Mk. event. 15 Tagen Gefängnis wegen ungesetzlicher Veranstaltung eines öffentlichen Umzuges verworfen. Die Willkür Genossen waren mit fünf Reitwagen zum Arbeiter-Sängergesetz nach Grimmschen geführt und Müller sollte der „Anführer“ des Umzuges“ gewesen sein.

Der neue Kurs in der Umsturzdebatte macht sich gegenwärtig schon geltend. In Elberfeld sind in den letzten Tagen gegen fünf bekannte Genossen Strafprozesse anhängig gemacht worden. In allen Fällen handelt es sich um Versammlungsredner und Beleidigung. Die „Freie Presse“ meint, daß heute, wo der neue Kurs zu Grunde getragen werden sollte, die Vorlagen für in ähnlicher Weise hängen, wie vor Ablauf des Socialdemokratiegesetzes.

Arbeiterbewegung.

Die Bergarbeiter Deutschlands und Österreichs werden gerufen, bei den Herren R. Feinlein und A. Jannetz in Altona Arbeit anzunehmen. Die Organisation der Wiener Bergarbeiter. Die Arbeitervereine Schaffers, welche seit einigen Tagen zuständig sind, hatten am 10. Januar eine Versammlung ab, in der die Forderung höherer Löhne beschlossen wurde. Die Versammlung ist in einer Sonder-Schlesien eine neue Lauf auf, der einem Ausschuss von Schaffers und Bergarbeitern unterbreitet werden soll.

Soziale Uebersicht.

Die Lage der Arbeiter in den Silberbergwerken im Erzgebirge ist eine recht trostlose, wenn man bedenkt, daß ein Häuer bei anstrengender Arbeit monatlich 20 bis 25 fl. ein Förderer gar 12 bis 16 fl. verdient. Die Hauptnahrung bilden Kartoffeln und ein Absatz von Caffeebrot. Oft kommt es vor, daß in den Gruben ein Knappe dem andern das mitgebrachte Kausenbrot „wegstiehlt“, da ihm zu Hause dieser „Kederbissen“ mangelt. Das kommt alles von der verbannter Bedürfnislosigkeit, die diese Arbeiter während der ganzen Zeit ihres Lebens zufrieden sein ließ.

Ein städtischer Arbeitsnachweis wird demnächst in Dessau nach dem Beschluß des Gemeinderaths in's Leben treten. Der Gemeinderath bewilligte die hierzu nöthigen Mittel.

Vom „Gegen des Bergbaues“ merken die Bergleute, deren fleißige Hände das Edelmetall erst zu Tage fördern, zwar recht wenig; um so ergebiger schüttet sich das Füllhorn aus über den Besitzern der Kurze, wenn diese hoch im Course stehen und der Bergbau ertragreich war. Von den Kurzen des Mansfelder Silberbergwerks besitzt die Stadt Leipzig ziemlich 7000 Stück. Diese brachten ihr in den Jahren 1887-92 rund zweiundeinhalb Mill. Mark Ertrände, kommt auf jedes Jahr fast eine halbe Million. Durch das Fallen der Silberpreise und durch andere Unfälle ist in den letzten beiden Jahren keine Dividende herausgesprungen, doch erhofft man von den nächsten Jahren ein weitlich besseres Ergebnis. Es muß den Mansfelder Bergleuten ein erhebender Gedanke sein, durch ihrer Hände Arbeit den Leipziger Pfefferkäden das Steuerzahlen zu erleichtern. Gewiß werden sie willig Kopf leiden, wenn sie nur wissen, daß es den Leipziguern gut geht.

Die Stadtverordneten in Dormstadt lehnten die von den Arbeitern seit Jahren geforderte Errichtung eines Gewerbegerichtes mit allen gegen zwei Stimmen ab.

Amerikanische Arbeitslosenstatistik. Nach dem neuesten Jahresbericht des Arbeitsamtes des Staates Massachusetts hat in diesem Staate, anliegend an die Volkszählung, eine Sondercommission von Haus zu Haus Erhebungen eingezogen über die Arbeitslosigkeit und ermittelt, daß 33,5 Proc. der arbeitenden Bevölkerung einen Theil des Jahres ohne Beschäftigung sind, und zwar feiern 2,40 Proc. einen Monat, 3,55 Proc. zwei, 5,13 Proc. drei, 3,31 Proc. vier, 1,99 Proc. fünf und 3,24 Proc. sechs Monate. Diese Zahlen schließen Stadt- und Landbevölkerung ein, und dabei hat sich herausgestellt, daß die Rate der Unbeschäftigten in der Stadt Boston (mit 15,40 Proc.) geringer ist als auf dem Lande. Diese Erhebungen fanden zu einer Zeit statt, wo kein ungewöhnlicher wirtschaftlicher Niedergang die Arbeiterbevölkerung drückte. Im Winter 1893-94 wurde Boston jedoch von einem ungewöhnlichen Nothstand heimgesucht und für 11,000 Personen mußte Beschäftigung gefunden werden, für 7400 Männer im Freien und für 3625 Frauen im Haus. Alle Berufsarten waren vertreten, sogar in der Baumwollenspinndindustrie 5 Proc.; aber über die Hälfte der unterwürigen Arbeiter gehörten zu den ungelern. Schneider und Kürchner kommen zunächst. Die Statistik der Frauen ergibt ungefähr dasselbe Resultat.

Die neue Novelle zur Gewerbeordnung.

Die Fikararbeit an der Gewerbeordnung soll schon wieder von Neuem losgehen. Wie wir schon vor einigen Tagen berichteten, ist dem Reichstage eine neue „Novelle zur Gewerbeordnung“ zugegangen. Dieselbe hat folgendes Inhalt:

Art. 1. Der § 30 Absatz 1 der Gewerbeordnung erhält folgenden Zusatz: „wenn die Arbeit durch ihre Artliche Lage für die Arbeiter oder Beschäftigten der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Beschädigungen herbeiführen kann. Bei Ertheilung der Concession sind die Anzeigigen und die Gemeindevorstände zu hören.“

Art. 2. Der § 32 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung: „Schau- und Spielunternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der Erlaubnis. Dasselbe gilt nur für das bei Ertheilung der Erlaubnis bedingte Unternehmen. Zum Betriebe eines neuen oder eines wesentlich veränderten Unternehmens bedarf es einer anderen Erlaubnis. Die Erlaubnis ist zu verweigern, wenn der Nachbarn der Ort der zu dem Unternehmen nöthigen Arbeit nicht nachzuweisen vermag oder wenn die Behörde auf Grund von Überreden die Verweigerung gewährt, daß dieselbe die zu dem beschriebenen Gewerbebetrieb erforderliche Qualifikation, insbesondere in technischen, künstlerischen und sonstigen Punkten nicht besitzt.“

Art. 3. Der § 33 der Gewerbeordnung erhält als neuen Absatz folgenden Zusatz: Die Landesregierungen können anordnen, daß die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schaustellerbetriebe, sowie über den Kleinhandel mit Schaumwein oder Sektir auf Concession oder andere Weise auch beim Umtriebung finden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist.“

Art. 4. Der § 35 Absatz 2 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung: Inner demselben Sommer sind zu unterjagen: der Großhandel (Handel mit gewöhnlichen Meublen, gemalten Bildern oder gedruckten Bildern, Kleinhandel mit allem Mobelfach, mit Porzellan oder keramischen, sowie der Kleinhandel mit Garnstoffen oder Dünnen von Seide, Woll, Baumwolle oder Leinen, der Kleinhandel mit Wein, der Handel mit Drogen und ähnlichen Fabrikaten.“

Art. 5. Zwischen dem dritten und vierten Absatz des § 35 der Gewerbeordnung wird folgender neuer Absatz eingefügt: Ist die Unterjagung erfolgt, so kann die Landes-Verwaltungsbehörde oder eine andere von ihr zu bestimmende Behörde die Wiedereröffnung des Gewerbebetriebes gestatten, jedoch ist der Unterjagung mindestens drei Jahre verstreichen zu lassen.“

Art. 6. Der § 42 der Gewerbeordnung wird wie folgt abgeändert: 1) Im Absatz 1 werden die Worte „auf Grund eines Gemeindevorbeschlusses“ gestrichen;

der Schlußsatz dieses Absatzes erhält folgende Fassung: Diese Bestimmung kann auf einzelne Theile des Gemeindebezirktes sowie auf gewisse Gattungen von Waaren und Leistungen beschränkt werden. 2) Im ersten Satz des Absatzes 3 werden die Worte „auch wenn dieselben nicht zu den selbstgewonnenen oder selbstgefertigten gehören“ gestrichen. Im zweiten Satz des Absatzes werden die Worte „beschränkt“ und dem Worte „werden“ die Worte „und gemäß des § 60 v. Absatz 3 verboten“ eingeschaltet.

Art. 7. Der § 44 Absatz 3 der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung: Das Aufkaufen darf ferner nur bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die Waaren produciren, oder in offenen Verkaufsstellen erfolgen. Im gleichen darf das Aufkaufen von Bestellungen auf Waaren soweit nicht der Bundesrath für bestimmte Waaren Ausnahmen zuläßt nur bei Gewerbetreibenden geschehen, in deren Gewerbebetriebe Waaren der angebotenen Art Verwendung finden.

Art. 8. Dem Absatz 3 des § 53 der Gewerbeordnung wird als zweiter Satz hinzugefügt: Ist die Unterjagung erfolgt, so kann die Landes-Verwaltungsbehörde oder eine andere von ihr zu bestimmende Behörde die Wiederaufnahme des Gewerbebetriebes gestatten, sofern seit der Unterjagung mindestens drei Jahre verstreichen sind.

Art. 9. Im § 56 der Gewerbeordnung werden hinter Ziffer 9 folgende Ziffern hinzugefügt: 10) Bäuerliche Art, Sträucher, Sämereien und Blumenwiebeln, Schnitt- und Wurzel-Keilen und Futtermittel; 11) Schmuckgegenstände, Bijouterien, Brillen und optische Instrumente. Die jetzige Ziffer 10 wird Ziffer 12.

Art. 10. Der § 56 v. der Gewerbeordnung wird folgendermaßen abgeändert: 1) Der Absatz 1 enthält dem Zusatz: Die gleiche Befugnis steht den Landesregierungen für ihr Gebiet oder Theile desselben hinsichtlich der im § 56 Absatz 2 Ziffer 10 bezeichneten Gegenstände zu. 2) Der Absatz 3 erhält die Fassung: Durch die Landesregierungen kann das Umherziehen mit Zuchtthieren zur Deckung von Stuten, sowie auf bestimmte Dauer der Handel mit Schweinen oder Geflügel im Umherziehen unterjagt oder Beschränkungen unterworfen werden.

Art. 11. Im § 57 Ziffer 3 der Gewerbeordnung sind nach dem Worte „Menschen“ die Worte eingeschaltet: „wegen Land- oder Hausfriedensbruches, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt“.

Art. 12. Ziffer 1 des § 57 a der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung: 1) wenn der Nachsuchende das fünfundschwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Art. 13. Ziffer 2 des § 57 b der Gewerbeordnung erhält folgende Fassung: 2) wenn er wegen strafbarer Handlungen aus Gewinnsucht gegen das Eigenthum gegen die Sittlichkeit, wegen vorfälliger Angewandtheit auf das Leben und die Gesundheit des Menschen, wegen Land- oder Hausfriedensbruches, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen vorfälliger Brandstiftung wegen Zuwiderhandlungen gegen Verbote oder Sicherungsmagregeln, betreffend Einführung oder Verbreitung ansteckender Krankheiten oder Viehseuchen, zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einer Woche verurtheilt ist und seit der Verbüßung der Strafe fünf Jahre noch nicht verstreichen sind.

Art. 14. Dem § 60 b der Gewerbeordnung ist als Absatz 3 folgender Zusatz hinzuzufügen: Das Fehlen bieten der im § 59 Ziffer 1 und 2 bezeichneten Gegenstände durch schulpflichtige Kinder kann von der Polizeibehörde verboten werden.

Art. 15. Die Ziffern 7 a und 7 b des § 148 Absatz 1 der Gewerbeordnung erhalten folgende Fassung: 7 a) wer dem § 56 Absatz 1, Absatz 2 Ziffer 1 bis 5, 7 bis 11, Absatz 3, §§ 56 a oder 56 b zuwiderhandelt; 7 b) wer den Vorschriften der §§ 56 c, 60 a, 60 b Absatz 2 und oder 60 b Absatz 2 und 3 zuwiderhandelt.

Art. 16. Die Schauspielunternehmer zum Betriebe ihres Gewerbes bisher ertheilte Erlaubnis gilt nur für das beim Inkrafttreten dieses Gesetzes betriebene Unternehmen.

Art. 17. Dieses Gesetz tritt mit dem ... in Kraft.

Seit anderthalb Jahrzehnten ist kaum eine Session des Reichstages vergangen, in welcher nicht an der Gewerbeordnung herumgeflackert worden ist, so daß der Satz kaum noch in den oft und schnell einander folgenden Änderungen zurechtfinden kann. Die neue Änderung entbehrt in einzelnen Bestimmungen, so in Art. 11, auch nicht des politischen Reizeschmacks.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

Aus dem Reichstag. Das schwach besuchte Haus hatte heute einen stillen Interpellationstag. Nach der ersten Interpellation der Nationalliberalen über den Schutz der Deutschen im Auslande, die sich natürlich nicht auf das Schicksal der auswandernden Bauern und Handwerker, sondern auf das der in fremden Ländern Gold und Glück suchenden kaufmännischen und militärischen Abenteurer bezog, kam noch eine zweite Anfrage dieser Partei an die Regierung zur Verhandlung. Sie betraf die Errichtung sogenannter Handwerkerkammern. Es war ein eigenthümliches Schauspiel, den geadelten Wormser Großfabrikanten Herr zu Herrnsheim sich als Schützer des kleinen Mannes anspielen zu sehen. Diese heuchlerische Handwerkerfreundlichkeit der Partei des Großcapitals erklärt sich sehr einfach. Ihre süddeutschen Sitze werden von den Antisemiten bedroht und sie sucht ihnen den Wind aus

den Segeln zu nehmen. Der einzige Erfolg dieser Taktik kann nur der sein, daß den sie Auflösungsproceß des Nationalliberalismus beschleunigt. Morgen wird die Besprechung der Interpellation fortgesetzt. In der großen Innungsdebatte, zu der es dabei vermutlich kommen wird, spricht von unserer Seite Genosse Bod.

14. Sitzung.

Montag, den 14. Januar 1895.
Nachmittags 1½ Uhr.

Am Tisch des Bundesrathes: v. Bötticher, Graf Posadowsky, Majchall v. Bieberstein.

Der Bericht der Reichsschuldencommission wird der Rechnungscommission überwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes, betr die Controлле des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für 1894-95 wird in erster und zweiter Verathung debattelos erledigt.

Es folgt die erste Verathung der Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete von Kamerun, Togo, sowie des südwestafrikanischen Schutzgebietes.

Abg Richter (frei Volksp) rügt die Statsüberschreitungen, von denen der Löwenantheil auf Ostafrika entfällt. Er wisse nicht, welchen Zweck weitjchichtige Budgetverathungen haben, wenn Statsüberschreitungen in so großem Umfange vorkommen. Die Ueberschreitungen des Stats für Ostafrika im Betrage von zwei Millionen seien herbeigeführt durch Ausdehnung der Herrschaft im Colonialgebiete. Er frage die Colonialfreunde im Hause, ob sie es nicht erachten, daß die Colonien ein Uebungs- und Vorbereitungs-feld für schneidige Offiziere darstellten. Die „Besiegung“ der einzelnen Stämme sei ganz zwecklos, denn so wie die Expedition aus dem Gebiete heraus sei, sei es wieder so wie früher, ja sogar noch schlimmer. Gerade durch diese Expeditionen werde das Vischen Karawanenhandel vernichtet.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.
Die Stats gehen an die Rechnungscommission, ebenso eine Reihe weiterer Rechnungssachen.

Es folgt die Interpellation der Abgeordneten Haffje (natl.) und Genossen, betreffend den Schutz der Deutschen im Auslande.

Abg. Prof. Haffje (natl.) begründet die Interpellation mit den bekannten Vorfällen in Centralamerika. Fürst Bismarck habe das Ansehen Deutschlands gehoben, das aber jetzt entschieden zurückgegangen sei. Die Deutschen im Auslande sagen: Wir müssen uns drücken von Ort zu Ort, das alte Ansehen ist eben fort. Die Regierung hat bei Gelegenheit des columbianischen Handelsvertrages hier ausgeführt, bei Bürgerkriegen sei die Regierung nur schadenersatzpflichtig, wenn ihnen eine enli, a nachzuweisen sei. Das Klinge in der That sehr schön, in der Praxis könne man nicht damit zufrieden sein. Das Ansehen der Deutschen im Auslande habe abgenommen, da man auch dort von den Grundätzen der Aera Caprivi Kenntnis genommen habe. Zahlreiche Beschwerden, die beim Reichstangler eingangen sind, seien nicht berücksichtigt worden. Die Abtretung von Länderstücken an England, die ohne Noth erfolgt sei, habe auch nicht zur Stärkung des Ansehens beigetragen. Er frage nun, ob nicht seitens des Reiches etwas geschehen kann, das es den Deutschen im Auslande leicht macht, ihrem Verufe ungehört nachzugehen. Beschwerden, die der deutsche Consul als berechtigt anerkannt habe, seien von der Gesandtschaft, zum Beispiel in Rio, zurückgewiesen worden. Redner führt aus reichem Material eine große Anzahl von Fällen an, in denen Deutsche geschädigt worden sind, ohne den nötigen Schutz zu finden und verweist besonders eingehend bei den in Centralamerika vorgekommenen Fällen. Der deutsche Militärarzt Dr. Prome, der sich nie an Bürgerkriegen betheiligt habe, aber oft als Arzt thätig war, sei von einem dortigen sogenannten General injulirt und des Landes verwiesen worden. Er fordert 30,000 Thaler Schadenersatz, hat aber erklärt, er wolle das Geld falls es zur Auszahlung gelangen sollte, wohltätigen Zwecken überweisen. In Ecuador sei der Fall Matthies passiert, in Guatemala der Fall Ruhne. Letzterer ein früherer deutscher Offizier sei als Vertreter des Grafen Werles dorthin gekommen, und sei dort unter dem Verdacht der Spionage verhaftet, und ins Gefängnis geworfen worden. Schließlich sollte er erschossen werden, ein deutscher Capitain hat ihn durch sein Eintreten vom Tode errettet. Der deutsche Gesandte hat sich nicht um seinen Landsmann gekümmert. Dabei bejaß Ruhne die deutsche Reichsangehörigkeit noch. Ja selbst wenn er die Reichsangehörigkeit verloren hätte, wäre es eine Pflicht der Menschlichkeit gewesen, ihm beizustehen. Ein dritter Fall sei der Fall Jul, der bei einer nationalen Festlichkeit die deutsche Flagge geführt hatte, deshalb aber von einem „General“, der auch die Flagge heruntergerissen habe, aber absichtlich, beschimpft worden sei. Es giebt keine deutsche Interessenvertretung in Centralamerika es wird eines Zeitraumes von 20 Jahren, eines Aufwandes von vielen Blut und ungezählter Millionen bedürfen, um das alte Ansehen wieder zu gewinnen. Die Deutschen werden sich hüten, am dortigen Plantagenbau sich zu betheiligen. Das Reich müsse, wenn Abhilfe geschaffen werden soll, anders mit seinen Vertretern verfahren. Sie dürfen nicht so oft verlegt werden, ein Consul wäre erst dann seinen Landsleuten im Auslande, wenn er dort eingelebt ist. Leute wie Herr Peyer dürfen nicht als Beamte verwendet werden. Die Herren müssen dahin instruiert werden, daß sie nicht glauben, sie seien Richter über die Beschwerden, sondern daß sie sich als Anwälte der Beschwerdeführenden fühlen. Eine weitere Klage lautet dahin, daß die deutsche Flagge mehr gezeigt wird. Man wird sagen: Ja sorgen Sie erst dafür, daß die Marineforderungen bewilligt werden, sonst haben wir nicht genug Saisse. Es fragt sich doch ob nicht die vorhandenen Kreuzer für diesen Zweck ausreichen. Anzuerkennen ist, daß die Regierung in letzter Zeit bemüht gewesen ist, nach dieser Richtung hin Verbesserungen einzutreten zu lassen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Deutschen im Auslande mehr Schutz finden. Die Zeit erfordert eine Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins, es ist der Jungbrunnen, aus dem wir in schwerer Zeit schöpfen. Es wäre erfreulich, wenn jeder Deutsche mit dem Bewußtsein ins Aus-

land gehen kann. Es wird mir kein Haar gekrümmt werden, denn ich bin ein Deutscher. (Beifall.)

Staatssecretär Marschall von Bieberstein weist die vom Redner gegen den Grafen Caprivi gerichteten Angriffe zurück. Kein Vorwurf könne für die auswärtige Politik empfindlicher sein, als die, sie lege sich in Widerspruch zum nationalen Empfinden. Die Infraktionen der auswärtigen Vertreter seien unverändert geblieben. Die Länder nach dem Grundsatz: Ich bin groß und Du bist klein, zu behandeln, wäre mehr als verfehlt. Es könne dem Deutschen im Auslande nicht gewährt werden, was ihnen im Inlande verweigert würde, namentlich Straflosigkeit für Vergehen. Nicht nur gute und brave Leute, auch unruhige Köpfe wandern aus. Sobald die Sache schief gehe, erinnerten sich diese Elemente mit einem Male ihres Deutschtums und forderten Schutz von der deutschen Regierung. (Sehr gut.) So wie im Inlande ein Mann, der einen Proceß verloren habe, zu der Ansicht neige, es gebe überhaupt keine Gerechtigkeit mehr, so glaube jeder Deutsche im Auslande, dessen Reclamationen abgewiesen werden, zur Feder greifen und einen Artikel schreiben zu müssen. Leider gebe es in Deutschland gewisse Sammelstellen, die diese Artikel ohne jede Kritik veröffentlichen. Der Deutsche, der ins Ausland gehe, müsse sich in die Institutionen seiner neuen Heimath schicken. Wenn er in ein Land gehe, wo es keine gute Justiz und keine unparteiischen Gerichte gebe, kann er nicht von der deutschen Regierung verlangen, daß sie für gute Justiz dort Sorge trage. Die auswärtige Politik des deutschen Reiches habe es immer abgelehnt, sich in die inneren Angelegenheiten und Parteikämpfe eines anderen Landes zu mischen. (Bravo!) Viel komme allerdings auf die Person des jeweiligen Vertreters Deutschlands im Auslande an. Wenn in dieser Beziehung ein Mißgriff irgendwo geschehen sei, so nehme er, Redner, die Verantwortung auf sich. Redner geht auf die einzelnen Fälle, die der Interpellant berührt, näher ein. Die inneren Verhältnisse der salvadorischen Republik seien immer sehr verworren gewesen. Die Prowische Darstellung des Matthies'schen Falles sei sehr einseitig. Matthies habe in dem Augenblicke, wo der Krieg zwischen Salvador und Guatemala auszubrechen drohte, feindliche Proclamationen bei sich getragen. Dadurch sei die unfeindliche Behandlung, die er erfahren habe, herbeigeführt worden. Ebenso sei die Darstellung, die Prome von seinen eigenen Erfahrungen gegeben habe, nicht ganz zutreffend. Das Verhalten des Gesandten Peyer sei jedoch zu bedauern und zu mißbilligen. Herr Peyer habe in der Führung der Geschäfte eine Passivität bemiesen, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sei. Er hätte seinen Einfluß auf die Deutschen dahin geltend machen sollen, daß sie sich nicht an den inneren Parteikämpfen betheiligen sollten. Auch erfreue er sich nicht des nötigen Ansehens. Die Konsequenz werde gezogen und Herr Peyer von seinem Posten in Guatemala abberufen werden. (Bravo.) Was den Fall Ruhne betreffen, so wäre es besser gewesen, ihn nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. Wohin sollte es führen, wenn wir alle Deutschen, die im Ausland Kriegsdienste nehmen, schützen wollten, wenn sie gegen ihre militärischen Vorgesetzten rebellirten? Alle Vertreter Deutschlands im Auslande hätten die Instruction, auf dem Boden der Verträge und des Völkerechts die Deutschen in ihrer Person und in ihrem Eigenthum zu schützen. An dieser Aufgabe habe aber der Reichstag mitzuarbeiten durch Bewilligung neuer Kreuzer. (Mha! links) Der diplomatische Dienst könne bei dem jetzigen Mangel an diesen Schiffen seine Pflicht nicht vollkommen thun. Seit mehr denn 10 Jahren sei in St. Salvador z. B. die deutsche Flagge auf einem deutschen Kriegsschiff nicht mehr gezeigt worden (Hört! Hört! bei den Nationalliberalen) Was helfe da alle diplomatische Geschicklichkeit. Nicht aus chauvinistischen Gründen, nicht, weil Deutschland sich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder mischen wolle, verlange die Regierung die Vermehrung der Flotte, sondern weil sie der Meinung sei, daß überall da, wo in fernen Ländern sich deutsche Arbeit bethätige, die deutsche Flagge von Zeit zu Zeit gezeigt werden muß, als eine Mahnung und als ein Symbol für die Deutschen im Auslande zum Festhalten an ihrer Nationalität. (Beifall rechts und bei den Nationallib.)

Abg. Ricker (freisinnige Vereinigung) beantragt die Besprechung der Interpellation.

Die Unterriigung (50 St.) reicht nicht aus. Nur Socialdemokraten und Freikünige stimmen für die Besprechung.

Die Interpellation gilt damit als erledigt.

Es folgt die Interpellation des Abgeordneten Freiherrn Heyl zu Herrnsheim betreffend die reichsgesetzliche Einrichtung von Handwerker- oder Gewerbestammern.

Abg. Freiherr v. Heyl (nationalliberal) begründet die Interpellation und betont dabei die Nothwendigkeit der Annahmern unter Hinweis auf die schwierige Lage des Handwerks und der Kleinindustrie gegenüber der Großindustrie und auf die Analogie der bereits bestehenden Handels- und Landwirtschaftskammern.

Staatsminister von Boetticher beantwortet die Interpellation. Die Regierung erkenne an, daß sich die Dinge im Handwerkerstand so gestaltet haben, daß das Handwerk eine Organisation bekommen muß. Besonders das Lehrlingswesen bedürfe einer gesetzlichen Regelung. Wenn bis jetzt gesetzlich in der Handwerkerfrage nichts geschehen sei, so liege das nicht am schlechten Willen der Regierung. Minister von Berlepsch habe 1893 einen Entwurf zur Errichtung von Handwerker-genossenschaften ausgearbeitet, der aber nicht die Zustimmung der Vertreter des corporirten Handwerks gefunden. Es ist nur schwer, allen Wünschen im Handwerkerstande gerecht zu werden. Nur ein Zehntel des Handwerks gehört den Innungen an. Es ist also leicht denkbar, daß die neun Zehntel der übrigen Handwerker einen andern Standpunkt einnehmen. Auf einer Reise im vorigen Jahre habe ich von den Handwerkern am Rhein und im Elsaß den Ruf gehört: „Beschont uns mit obligatorischen Innungen.“ Sie werden es der preussischen Regierung also nicht verdenken können, wenn sie zögert, eine Einrichtung zu treffen, von der es zweifelhaft ist, ob sie der Beheiligten in ihrer Mehrzahl angenehm ist. (Sehr richtig, links.) Der Zunftzwang sei vom großen Kurfürsten schon theilweise aufgehoben worden, die gänzliche Aufhebung sei unter Friedrich Wilhelm III. erfolgt. Es frage sich doch, ob es richtig sei,

ihn wieder einzuführen. Anders stehe es mit der Frage der Handwerkerkammern, die auch ohne den Unterbau der Fachgenossenschaften und obligatorischen Innungen errichtet werden könnten. Die Kammern werden der Regierung dann mit ihrem Gutachten zur Seite stehen, wenn es sich um die endgiltige Organisation des Handwerks handelte. Das gleiche Ziel sei bei den Landwirtschaftskammern im Auge gehalten worden. Ehe man obligatorische Innungen einführe, sei es nothwendig, die außerhalb der Innungen stehenden Elemente zu befragen. Er erinnere auch darin, daß die Volkswirthe sehr verschieden über den Nutzen der Innungen denken, daß auch der Centrumsführer im bayerischen Landtag, Freiherr von Hertling, gegen die Zwangsinnung sich ausgesprochen hat. In dieser Session voraussichtlich wird dem Hause noch ein Gesetzentwurf über die Errichtung von Handwerkerkammern zugehen. Die Regierung würde, das seien Sie versichert, bemüht sein, dem Handwerk den goldenen Boden wieder zu verschaffen, den es zum Schaden des Vaterlandes verloren hat. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Hitz (Centrum) beschließt das Haus in eine Besprechung der Interpellation einzutreten, spricht aber gleichzeitig die Vertagung der Sitzung aus.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr.
Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung.
Schluß 4½ Uhr.

Locales.

Breslau, den 15. Januar 1895.

[Pres-Proceß.] Am 5. August v. J. erschien in der „Wahrheit“ ein Artikel aus Hersdorf, in welchem mitgeteilt wurde, daß auf der „Wrangel-Grube“ beim Verreisen einer Mauer der Schlepper Tischap seinen Toten gefunden habe, der dadurch verursacht worden, daß der Aufseher nicht die nötige Aufsicht und Vorsicht gebraucht hätte. Der betreffende Aufseher, Jonas Elsner fühlte sich deswegen beleidigt und stellte Strafantrag. Nachdem die Sache wegen weiterer Zeugenernehmung im ersten Termin vertagt wurde, fand sie heut dadurch ihren Abschluß, daß Schebs wegen Beleidigung nach § 186 des St.-G.-B. zu 50 Mk. Strafe verurtheilt wurde. — Damit schließt das Strafregister. Schebs hat 14 Monate Gefängnis und 1750 Mk. Geldstrafe. Wozu man noch die Gesetze verschärfen will, ist uns unerklärlich. Reicht das noch nicht aus? 1000 Mark für eine angebliche Beleidigung eines Bergwerksdirectors, 500 Mark für eine solche eines Generals, neun Monate ebenfalls wegen Beleidigung der obersteleischen Gendarmen und des obersteleischen Alerus und fünf Monate wegen Beleidigung des Richterstandes; diese Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht.

— [Stadtverordneten-Versammlung.] Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 17. d. Mts., statt. Unter den neuen Vorlagen befindet sich auch ein Antrag des Magistrats, im Mittelwasser der Oder an der Nordseite der Matthiasinsel eine Badeanstalt für Schulknaben, Lehrlinge u. zu errichten. Die Baukosten belaufen sich auf 9500 Mark.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß den Schülern der Volksschulen durch Vermittelung des Magistrats während der Sommermonate die Möglichkeit geschaffen ist, an einzelnen Wochentagen in der Gutteschen Badeanstalt am Wasserhebewerk und der an der Rechte-Ober-Ufer-Eisenbahnbrücke gelegenen Weigelt'schen Anstalt unentgeltlich zu baden. Der Weg zu beiden Anstalten sei aber für einen großen Theil der Volksschüler, namentlich für die in der inneren Stadt wohnenden, ein so weiter, daß er zur Ausnützung der Badegelegenheit nicht locke und daß häufig Schüler, welche in der Sandvorstadt wohnen, verleitet würden, an unerlaubten Stellen der alten Oder zu baden. Aus diesen Gründen und im gesundheitlichen Interesse der heranwachsenden Jugend hat der Magistrat auf Antrag der Schul-Deputation beschlossen, aus städtischen Mitteln eine Badeanstalt zu errichten, welche einerseits vermöge einer vortheilhafteren Lage zur Behebung der beschriebenen Uebelstände beitragen soll, andererseits aber auch die Aufgabe zu erfüllen hat, nicht nur Schülern, sondern auch Lehrlingen u. die Vorthelle eines erfrischenden Bades in der heißen Jahreszeit zu Theil werden zu lassen. Als ein geeigneter Platz für die Aufstellung ist seitens der städtischen Bauverwaltung das Mittelwasser der Oder an der Nordseite der Matthias-Insel in Verlängerung der Matthiasbrücke in Vorschlag gebracht worden, und der Magistrat billigt diese Wahl.

Aus Anlaß der für das 1896 vorgesehenen Neupflasterung der Schweidnitzerstraße sollen in derselben in diesem Jahre neue Rohrleitungen von den Gas- und Wasserwerken eingelegt werden. Die Mittel hierfür, welche sich auf 75,600 Mark belaufen, sollen aus dem Pauschalbetrage 290,000 Mark entnommen werden, welche in den Etat des Jahres 1895 bis 1896 für Rohrverweiterungen eingestellt sind.

Besüglich der Fahrgewindigkeit der Dampfer bei niedrigem Wasserstande auf der Strecke

von 50 Meter vor bis 50 Meter hinter den Mündungen des Wasserlärbassins am Oberwasser erklärte sich die Betriebsdeputation damit einverstanden, daß dieselbe Stromabwärts auf 180 Meter und Stromaufwärts auf 50 Meter in der Minute festgesetzt werde.

[Stadt-Theater.] Heute, Dienstag, gelangt Vortags komische Oper „Ojar und Zimmermann“ zur Aufführung. — Morgen, Mittwoch, findet die zweite Aufführung der Tragödie „Simon von Athen“ statt. — Im Schauspiel wird Max Nordaus „Das Recht zu lieben“ und das Lustspiel „Der Gefangene“ von Hans Hopfen vorbereitet.

[Lobe-Theater.] Die Herren von Schönhan und Kadelburg nahmen einige Änderungen im Dialog ihres neuesten Schwanke „Zum wohlthätigen Zweck“ vor und änderten den Schluß des zweiten Actes. Diese Änderungen erwiesen sich bei der am Sonntag stattgehabten zweiten Aufführung, welcher die Verfasser gleichfalls beiwohnten, als äußerst zweckmäßig, und die Novität errang großen Beifall. „Zum wohlthätigen Zweck“ wird in einigen Tagen im königlichen Schauspielhaus in Berlin seine Premiere erleben, welcher voraussichtlich der Kaiser beiwohnen wird. Director und Oberregisseur Grube vom königlichen Schauspielhaus, welcher der hiesigen Premiere beiwohnte, machte Director Witte-Wild äußerst schmeichelehafte Complimente über die Inszenierung und Darstellung der Novität.

[Concordia-Theater.] Das reizende Lustspiel „Herr und Frau Doctor“ von Heinemann geht morgen, Mittwoch um Benefiz von Fr. Clara Heilmann zum ersten Male in Scene. Billets für Sperrsitze à 75 Pfg. sind täglich von 12—2 Uhr zu haben. Konz. Abonnements und Sperrsitze zu ermäßigten Preisen haben keine Gültigkeit, dagegen sind Parquetbillets zum Preise von 40 Pf. gültig.

[Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur.] In der hiesigen Abtheilung der Gesellschaft wird nächsten Donnerstag, den 17. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, der Prediger Eschirn über die Freiheit des menschlichen Willens sprechen. Der Vortrag, zu welchem Gäste willkommen sind, findet in der Aula des Frauenbildungsvereins, Catharinenstr. 18, statt.

[Statistisches.] Im Jahre 1894 wurden hier 77,282 Schweine geschlachtet, unter denen 28 trichinös und 69 farnig waren. Im gleichen Zeitraum wurden auf den Straßen der Stadt 443 Hunde gefangen, von denen 327 eingelöst, 116 getödtet wurden.

[Zur Ermittlung.] Ende September 1894 wurde der Mann Josef Weidlich, von Krämpfen befallen, am Freiburger Bahnhof aufgefunden und durch ein Ehepaar, welches Gräbischer Straße wohnt, nach seiner Wohnung Friedrich-Straße Nr. 47 geschafft. Das betreffende Ehepaar wird aufgefordert, sich im Zimmer 25 des Polizeipräsidiums zu melden.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 12. und 13. d. Mts.: 59 Personen. — Gestohlen: Einem Kaufmann auf der Friedensburgstraße eine Gans. — Abhanden gekommen: Zwei Pferdebesen, ein Plüschpompador, welcher eine goldene Brosche und Abonementkarten für Concerte im Concerthaus enthielt, ein Stück Plüsch, eine goldene Damenuhr, ein Portemonnaie mit 7 Mark und ein Portemonnaie, welches einen Fünfundzwanzigmarkstein und zwei Briefmarken enthielt. — Gejunden: zwei Kravattenstiefel, ein grauer Sack, welcher eine Matraze enthält, ein Emaille-Armband, 7 Stück Strohhüte, eine Krimmermäze und ein Taschenmesser.

Öffentliche Arbeiter-Versammlung.

Am 12. d. Mts. fand im Anschluß an eine Mitgliebes-Versammlung eine öffentliche Arbeiter-Versammlung statt, in welcher Colloge Gjakov als Carrell-Belegierter über die Thätigkeit desselben im verwichenen Jahre Bericht erstattete. Zum Schluß seiner Ausführungen wies derselbe auf die Arbeitslosenfrage hin und forderte die arbeitslosen Collegen auf, die bestehenden Fragezettel anzufüllen, auf Grund deren von Seiten des Carrells eine Arbeitslosen-Statistik aufgestellt aus dem hiesigen Magistrat übermittelt werden soll. Beim nächsten Punkt, Wahl zweier Delegirten zum Gewerkschafts-Carrell wurde Colloge Gjakov wieder und Colloge Günther erwählt. Hiermit schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schlesien.

Provinzielle Hundstehen.

Schwarzschäfer in Oberschlesien. So die Untergraber der Familie und der Sittlichkeit

zu suchen sind, das führt die „Schles. Volkstz.“, ein ultramontanes Blatt, das dem Großgrundbesitzerthum wegen der Beziehungen des katholischen Theiles desselben zur Centrumpartei sehr gern gefällig ist und ihm Manches nachsagt, der Welt in einer sehr lehrreichen Zuschrift aus Oberschlesien sehr erbaulich zu Gemüthe. Bezüglich der dortigen Wohnungsverhältnisse heißt es in der Zuschrift:

„In der Zeit des sogenannten ober-schlesischen Nothstandes während der 70er Jahre ist auch die Frage des Wohnungsleides der Dominialdienstleute angeschnitten worden. Wie sieht es gegenwärtig mit dieser Angelegenheit? Ein kleiner Fortschritt zum Besseren ist wohl zu verzeichnen; aber gerade auf den Dominien Oberschlesiens, wo es damals mit den Wohnungen der Knechte, Mägde und Arbeiter am schlimmsten stand, ist es vielfach beim Alten geblieben, oder, wo doch etwas geschehen ist, ist doch nicht im Entferntesten für ausreichende und gesunde Neubauten gesorgt worden. Und zum Theil trifft dieser Vorwurf gerade die großen Herren, die ihren Landbesitz nach Quadratmeilen und ihre jährlichen Einnahmen nach Hunderttausenden zählen können. Darin liegt zugleich auch der tiefere Grund, warum jene Mißstände fortbauern. Denn diese Herren kennen eben die Sachlage nicht, sie überlassen die Sorge um ihren Besitz ihren Verwaltungsbeamten. Diese haben aber ein Hauptinteresse daran — ihre Tüchtigkeit wird ja meist darnach bemessen und es legt auch höhere Lantienne ab — daß möglichst hohe Renten herauskommen. Darum müssen die Einnahmen möglichst erhöht, die Ausgaben möglichst eingeschränkt werden. Bauten kosten aber Geld. Besser ist es, die alten Gebäude stützen und das Geld rühen. Und wo schon das Alte sich durchaus nicht halten läßt, und Wohnungen für die Bediensteten gebaut werden müssen, da werden sie meist mit dem schlechtesten Material und in den beschränktesten Verhältnissen ausgeführt. Dit hat eine Familie von 6 bis 10 Köpfen ein einziges Zimmer (man kann sich denken, wie es um die sittlichen Zustände in diesen Wohnungen ausseht! D. Red.) ohne Dielen, mit schlecht verwahrten Thüren und Fenstern, so feucht, daß die Rässe von den Wänden herunterfließt. Seltener findet sich da u ein Keller- oder Bodentraum, und es gilt schon als Wohlthat, wenn an die Wohnstube noch ein Kammerchen flößt zur Aufbewahrung von Kartoffeln und Heizmaterial. Solche Arbeiterwohnungen sind auf vielen Dominien durchaus keine Seltenheit. Man denke sich dazu einen armen Hofknecht, der den Tag über im freien gearbeitet hat, oft bei Sturm und Regen, der dann den Abend und die Nacht in solch „wohnlischem“ Räume zubringen muß. Es kommt dann der Sonntag und Feiertag. Kann er sich bei solchen Verhältnissen behaglich fühlen? Dreht es ihn dann nicht in's Wirthshaus? Wird sich da ein gesegnetes Familienleben entwickeln? Was da nicht die ganze Die nächste Folge solcher Wohnungsverhältnisse ist gewöhnlich, daß die Dominiante während ihren Dienst wecheln, kann ein Jahr auf einer Stelle bleiben. Und wenn man sie nach dem Grunde fragt, sagen sie auch gewöhnlich, daß sie sich mit der Wohnung verbessern wollen. Schließlich geziehen sich solche Leute ein wahres Zigeunerleben an...“

Und dann kommen die Herren Junker und jammern über Arbeitsmangel und verlangen vom State, daß er Zwangsmaßregeln zur Festhaltung der Arbeiter ergreife. Dergleichen aber, welche die plattformatische Wirtschaft andeuten, sollen als „Unwürdiger“ und „Untergraber der Sittlichkeit und der Familie“ drangsaliert werden!

Eine Agitationsreise

wird die Genossin Frau Emma Jäger aus Bellen vom 20. bis 28. d. Mts. in Schlesien unternehmen und dabei Vorträge über die „Proletarische Frauenbewegung in politischer wie gewerkschaftlicher Beziehung“ und ähnliche Thesen halten.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen der einzelnen Orte, die den Wunsch haben, Frau Jäger zu hören, dies der Unterzeichneten möglichst sofort mitzutheilen und genau anzugeben, für welchen Tag und in welches Local die betreffende Versammlung abzuhalten ist.

Frau Kaiser, Breslau, Langgasse 28 III.

Denkmal. 13. Januar. Ein kühner junger Grundbesitzer ist in dem benachbarten Stadelnitz auf dem Gute des Herrn v. Rathenow angekommen. In der Nacht vom vorigen Donnerstag zu Freitag hangen Diebe in den Scheinwald und haben ein schönes Schenk, welches gleich am Orte der That herabgeworfen abgehauen

wurde. Um das Fleisch fortzuschaffen, stahlen sie einem Dominiante einen Handschitten. Obgleich am anderen Tage weitreichende Recherchen vorgenommen wurden, ist es bisher nicht gelungen, die Diebe zu ermitteln. Auf die Ermittlung der Diebe ist eine Belohnung von 20 Mk. ausgesetzt.

Spott u. 14. Januar. Wegen Falschmünzerei verurtheilte das Schwurgericht heute, wie der „Br. M. Ztg.“ gemeldet wird, den hiesigen Schlosser Kunze zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Seine Ehefrau wurde wegen Beihilfe bei der Ausgabe der Falschmünzen zu neun Monaten Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust verurtheilt.

Beuthen O.S., 11. Januar. Um die Feuersgefahr durch unbeaufsichtigte Kinder zu beseitigen, hat der Landrath von Beuthen eine Polizeiverordnung erlassen, nach welcher Eltern oder solche Personen, denen die Beaufsichtigung von Kindern unter zwölf Jahren obliegt, beim Verlassen der in der Wohnung ohne Aufsicht zurückbleibenden Kinder, dafür Sorge zu tragen haben, daß die Koch- und Heizöfen der Wohnung in welchen Feuer brennt, gehörig geschlossen, und daß Brenn- und Beleuchtungs-Materialien, insbesondere Streichhölzer, derartig verwahrt werden, daß sie den in der Wohnung zurückgelassenen Kindern unzugänglich sind. Zuwiderhandlungen werden, abgesehen von einer Verfolgung auf Grund des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis 30 Mk. eventuell Haftstrafe belegt. — Es ist dies wieder einer jener nutzlosen Versuche, Calamitäten, die ihre Ursache in den wirtschaftlichen Verhältnissen haben, einfach durch Polizeiverordnungen zu beseitigen. Wirke man dahin, die Frauenarbeit einzuschränken, damit die Arbeiterfrauen die Erziehung und Beaufsichtigung ihrer Kinder selbst übernehmen können.

Kattow, 11. Januar. Proletariats Ende. Gestern Mittag wurde auf dem Wege von Polnisch-Krawarn nach Gammann der Arbeiter Kuballa aus Gammann im Schnee todt aufgefunden. Derselbe hatte vorgestern bei einer Jagd auf Polnisch-Krawarner Terrain als Treiber mitgewirkt. Dem Anschein nach ist er auf dem Heimwege ein Opfer der Kälte geworden.

Dobers, 12. Januar. Die stüchtigen Verbrecher Krieger und Heilmann, welche im December v. J. aus dem hiesigen Gefängnisse entwichen waren, indem sie durch die Eise auf den Boden und von dort durch ein Dachfenster (Oberlicht) einer Arbeitsbaracke ins Freie gelangten, sind, nach dem „D. N.“ in Warschau bei einem Diebstahl ergriffen worden und werden nach Abbüßung ihrer Strafe ausgeliefert werden.

Beuthen O.S., 12. Januar. Dieser Tage ist im Nichthofenschachtelbe der conl. Giesche-Grube eine Gehäufammer in Brand geraten. Sechs Pferde erstickten. Obersteiger Ransch und Steiger Springer gingen sehr energisch mit den Löscharbeiten vor und retteten, wie dem „Kattowener Anzeiger“ gemeldet wird, ca. 100 Verglute, die ohne die schnelle Hilfe sicher erstickt wären.

Tabitz, 12. Januar. Arbeiterrißo. Am vorigen Donnerstag Nachmittag waren auf dem Leichentisch schon Holzplatt beim Bahnhofs Koschentin hiesigen Streifes Arbeiter damit beschäftigt, Holzstämme den Brettschneidern zuzutragen. Der Arbeiter Schwesler Kosmalla, welcher mit seinem Bruder einen schweren Holzstamm trug, glitt dabei aus; es fiel ihm ein zehn Meter langer Stamm auf den Kopf, sodas der Schädel zertrümmert wurde, Kosmalla verhielt alsbald.

A. Blumenau. Am Sonntag, den 6. d. Mts. ist Genosse August Böer von hier beerdigt worden. Ungefähr 4—500 Genossen hatten sich eingefunden, um dem Dahingegangenen das letzte Geleit zu geben. Der hiesige socialdemokratische Wahlverein, dessen Mitbegründer er war, widmete ihm einen großen, prächtigen Kranz, mit rother Schleife und schmückte damit das Grab des Verstorbenen. Die hiesige Bewegung verliert in dem so früh Dahingegangenen — er stand im Alter von 37 Jahren — einen der tüchtigsten und opferfreudigsten Genossen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. — Die Spießbürger von hier waren natürlich ab des impoianten Leichenbegängnisses und des reichen Kranzgewonns seitens der Genossen höchst erschreckt. Sie haben auch alle Ursache zu zittern, diese Angstmeier, die sich, wie die Gulen, am wohlsten fühlen, wenn sie aus ihrer Ruhe nicht aufgeschauert werden. Sie wünschen nichts schändlicher, als die uneingeschränkte Macht der Polizei und des Staatsanwals, damit alles, was sich da unten regt und nach Freiheit ringt, mit Anebelgelesen niedergehalten werde. Aber überglücklich wird man sich darum bemühen und die Spießbürger, denen heut das Herz in die Hosen fällt, wenn sie des nach Recht und Gerechtigkeit verlangenden Proletariats gedenken, werden noch mehr erleben müssen.

Gerichtliches.

Die evangelischen und sonstigen christlichen Kirchen beschimpft zu haben, war der verantwortliche Redacteur der „Magdeburger Volksstimme“, Genosse Curt Richter, beschuldigt. Das Landgericht Magdeburg hielt ihn für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Woche Gefängnis. Er hatte aus einer anderen Zeitung einen Bericht aus Berlin abgedruckt, nach welchem ein Socialdemokrat zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden war, weil er in einer öffentlichen Versammlung nicht nur zum Ausritt aus der Landeskirche aufgefordert, sondern auch die Kirche beschimpft hatte. Diefem Berichte, der durchaus objectiv war, hatte Herr Richter das Wort „Verdummungsanstalt“ als Spitzmarke vorgelegt. Das Landgericht nahm nun an, daß er damit selbstständig die christlichen Kirchen habe schmähen wollen. Seiner Behauptung, er habe seine Leser nur warnen wollen, jene Verurtheilung zu gebrauchen, wurde kein Glaube geschenkt, da er sich sonst hätte anders ausdrücken müssen. — In seiner Revision suchte der Angeklagte das Urtheil als auf Rechtsirrtum beruhend hinzustellen, behauptete auch, es sei in dem Artikel nur von dem im Bau begriffenen Berliner Kirchengebäuden die Rede gewesen, nicht aber von den kirchlichen Organisationen. — Das Reichsgericht erkannte jedoch am 14. d. M. auf Verurteilung der Revision.

Der jahrelang schwebende Proceß wegen des Zusammenbruchs der Rißinger Aktienbrauerei und des Concurses der Pentkawa Beckmann fand am 8. d. Mts. vor der Strafammer in Würzburg ihren Abschluß. Die Angeklagte wurde von 15 Unterstellungen freigesprochen.

Das Urtheil lautete gegen Commerzienrath Bachmann auf einen Monat, gegen seinen Compagnon Engelhardt auf drei Wochen Gefängniß wegen einfachen Bankrotts.

Anarchistische Bestrebungen sollten nach der Annahme des Schöffengerichts einer Fundunterschlagung zu Grunde liegen, wegen der der Thäter, der 19 jährige Bergelberggehilfe Franz Scodry zu der außerordentlich hohen Strafe von einem Jahre Gefängniß bestraft worden war. Am 14. September v. J. nahm die Polizei bei verschiedenen als Anarchisten bekannte Personen, zu denen auch Scodry gehörte, Hausdurchsuchungen vor. Bei dem weiteren wurden ein Gummischlauch, verschiedene anarchische Schriften und ein scharf geschliffener, fein gearbeiteter Dolch gefunden. Auf die Frage, wie er zu dem Dolch gekommen sei, erwiderte Scodry, daß er denselben auf dem Wedding gefunden und für sich behalten habe. Es wurde darauf Anklage wegen Fundunterschlagung gegen ihn erhoben. Vor dem Schöffengerichte wiederholte Scodry seine Angaben worauf das Schöffengericht nach dem Antrage des Staatsanwalts Dr. Benedix auf ein Jahr Gefängniß erkannte, weil angenommen wurde, daß Scodry sich den Dolch rechtswidrig angeeignet habe, um anarchische Zwecke zu verfolgen und dies rechtfertige das hohe Strafmaß. Auffällig war es, daß der Angeklagte sich bei dem Erkenntniß beruhigte; es wurde aber doch von dem Vater desselben Berufung eingelegt. Scodry erklärte im heutigen Termin vor der neunten Strafkammer, daß er die Unwahrheit vor der Polizei und vor dem Schöffengericht gesagt habe. Er habe den Dolch nicht gefunden, sondern ihn für drei Mark von einem Kollegen gekauft, wie die zu heute geladenen Zeugen bestätigen würden. Jede anfänglich die Unwahrheit gesagt, weil er befürchtet habe, daß der Verurtheilte in Ungelegenheiten kommen würde, indem er des Glaubens gewesen sei, daß noch ein Verbot zum Tragen von Waffen bestehe. Wenn er sich bei der hohen Strafe beruhigt habe, so sei dies geschehen, weil er befürchtete, sechs Monate im Gefängnisse zubringen zu müssen, bevor eine zweite Verhandlung stattfände und da habe er lieber gleich die ganze Strafe auf sich nehmen wollen. Er sei auch kein Anarchist, sondern habe nur einige der anarchischen Discussionsabende besucht. Die Beweisaufnahme ergab zweifellos, daß der Angeklagte die Wahrheit gesagt hatte. Es wurden von den geladenen Zeugen nur zwei vernommen. Der erste behauptete, daß gelegentlich in der Fabrik das Gespräch auf Waffen gekommen sei. Er habe erzählt, daß sein Schwager im Besitze eines hübsch gearbeiteten Dolches sei, den er verkaufen wolle. Der Angeklagte habe den Wunsch geäußert, die Waffe zu erhalten und nach einiger Zeit sei der Handel in der Werkstätte in Gegenwart vieler Kollegen abgeschlossen worden. Der Angeklagte habe drei Mark für den Dolch bezahlt. Der zweite Zeuge bestätigte dies, beide Zeugen gaben eine so genaue Beschreibung des Dolches, daß darüber kein Zweifel bestehen konnte, daß derselbe mit dem angeblich gefundenen identisch war. Staatsanwalt Dr. Benedix war mit der Abhandlung von jeder weiteren Beweisaufnahme einverstanden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Herzfeld, hielt es für selbstverständlich, daß der Angeklagte freigesprochen werde. Es sei wohl noch nicht dazugewesen, daß ein unbescholtener junger Mensch wegen Fundunterschlagung eines Gegenstandes von drei Mark Werth zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden sei, wos weil der Verdacht vorliege, daß er Anarchist sei. Im Interesse der öffentlichen Rechtspflege halte er es für geboten, das erste Urtheil in seiner Begründung zu reformiren, denn dergleichen Urtheile könnten nur dazu beitragen, den Umsturz zu fördern. Staatsanwalt Dr. Benedix hob hervor, daß der Angeklagte sich die Folgen seiner Verlogenheit selbst zuzuschreiben habe. Selbstverständlich beantragte er jetzt selbst dessen Freisprechung.

Der Gerichtshof erkannte nach diesen Anträgen und sprach den Angeklagten frei.

Kleine Rundschau.

Berlin. Warum am 27. Januar die Sonntagsruhe beschränkt ist. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Bekanntmachung:

„Mit Rücksicht darauf, daß der Geburtstag des Kaisers in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, hat das Polizeipräsidium seine Organe angewiesen, am Sonntag, den 27. d. M., gegen das Ausstellen von Waaren an unterhängten Schaufenstern dann nicht einzuschreiten, wenn diese Schaufenster zugleich der Bedeutung des Tages entsprechend decorirt beziehungsweise illuminirt werden. Die Vorschriften über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe werden jedoch nur insoweit berührt, als es Geschäftsinhabern gestattet werden muß, einzelne Angestellte zur Ueberwachung der zur Illumination gebrauchten Brennkörper auch außerhalb der für den Betrieb des Handelsgewerbes gesetzlich freigegebenen Zeit zu beschäftigen.“

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß eine ganze Reihe Volkselemente und solcher Leute, die es werden möchten, einem Theil ihres Personals die Sonntagsruhe rauben wird.

Es versteht sich, daß bei dieser Gelegenheit auch die staatsverhaltenden erler Königlichen Haupt- und Residenzstadt nach agrarischem Muster für ihren Patriotismus einen möglichst hohen Marktpreis zu erzielen suchen. Die tapfere Streiterin im Kampf für Ordnung, Religion und Sitte, die „Nationalzeitung“, giebt in der Erwartung, daß sich auf Kosten der Arbeiter ein möglichst hoher Reibach aus der Königstreue herausfinden lasse, bereits folgenden, recht deutlichen Wunschzettel zum besten:

„Es wird demnach wohl fortan kein Widerspruch erhoben werden können, wenn für alle Sonntage im December das Offenhalten der Läden bis 10 Uhr Abends, die Stunde etwa, zu welcher auch Illuminationen schließen, geordert werden wird.“

Anerkennung verdient das „Volk“, das die polizeiliche Antheilung „sehr eigentümlich“ nennt und sich dann wie folgt über sie ausdrückt:

„Uns steht die Sonntagsruhe zu hoch, als daß es wir

für angemessen halten, daß man sie den Angestellten raubt, um sie zur Ueberwachung der Illumination zu benutzen.“

Glend und Arbeitslosigkeit haben den 27 jährigen Barbiergehilfen Franz Haak in den Tod getrieben. Vor der Jogen. Sechsherberge in der Bartelstraße jagte er sich in der Nacht zum Sonnabend eine Revolverkugel durch den Kopf.

Braunschweig, 13. Januar. Den amtlichen „Braunschweigischen Anzeiger“ zufolge hat auch das zweite von der staatlichen Bergbehörde an der Alse betriebene Bohrloch in der Tiefe von 533 Metern ein mächtiges Lager edler Kalksalze erschlossen, welches erst bei 633 Meter Tiefe durchbohrt war.

Reichenberg i. S., 14. Januar. Eine Feuersbrunst äscherte total die bedeutendste Eisengießerei Nordböhmens, Firma Jung und Rachel in Rosenthal, ein. 190 Arbeiter sind brotlos. Der Schaden beläuft sich auf 200,000 Mark.

Ein falscher Pastor und doch zehn Jahre lang in Amt und Würden! Zum Entsetzen aller Frommen im Lande kommt nun aus Oldenburg die sensationelle aber wahre Nachricht, daß der bekannte frühere „Pastor“ Dr. Partisch, der im dortigen Gefängnisse in Haft gehalten wird, weder den Doctorstitel besitzt, noch Pastor ist! Der „Wesertg.“ wird darüber von zuständiger Stelle aus Oldenburg berichtet: Partisch wurde vor ca. 11 Jahren, nachdem er vorher Lehrer zu Bremerörde und Hauslehrer beim Grafen von Bernigerode gewesen war, wie man sagt, auf Grund seiner vorzüglichen Zeugnisse (in allen Fächern) hier an der Lambertikirche angeheilt, gehörte der strengen Obervanz an, spielte im Vorstande des Diakonissen- und Jüdisenwesens eine große Rolle, ertheilte zeitweilig Religionsunterricht am Seminar, schrieb fromme Bücher (Sylvesterglockenklänge) u. Im vergangenen Frühjahr mußte ihm jedoch die Amtsführung, die schon vorher durch Gerüchte zweifelhafter Art erschüttert war, genommen werden, und kurz nachher erhob man die Anklage auf Betrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung gegen ihn. Inzwischen hatte er Zeit gefunden, zu entfliehen. Er wurde steckbrieflich verfolgt und in Venedig fand man seine Spur, als er ohne Papiere bettelte. Er wurde verhaftet, mußte aber einige Zeit im Hospital liegen, um seine heruntergekommene Gesundheit zu stärken. Von dort schrieb er einen Neuebrief nach hier, der von dem Geh. Ober-Kirchenrath Namsauer auf der Kanzel gelesen wurde. Dann wurde er ins hiesige Gefängniß übergeführt. Kürzlich spielte sein Talar in dem Proceß des in München verurtheilten Hypnotiseurs Czinski eine Rolle, da der Freund desselben in dem Amtskleide des Partisch die falsche Trauung vollzogen haben sollte. Während der Gefangene nun durch sein hartes Geschick auf der Flucht allmählig das Mitleid der Bewohner erregte, stellte sich jetzt plötzlich heraus, daß sein ganzes Leben und seine geistliche Thätigkeit eine große Lüge, ein haarsträubender Betrug gewesen sind, und diese Nachricht ruft eine wahre Empörung hervor. Es soll nachgewiesen sein, daß der Erzgauener bis zum fünfzehnten Jahre katholisch war. Ein Abiturienten-Examen bestand er ebenso wenig wie das theologische, studirte überhaupt nicht, sondern fälschte alle Zeugnisse, das Doctordiplom u., und taufte, confirmirte, predigte und traute als Pastor Dr. Partisch hier in Oldenburg lustig und wohlgemuth zehn Jahre lang! — Daß ob der aufgedeckten Schandthaten dieses falschen Bruders in Christo große Bestürzung unter den gläubigen Schafen im Lande Oldenburg und darüber hinaus herrscht, ist selbstverständlich. Wie es möglich war, daß dieser sensationelle Schwindel so lange unentdeckt bleiben konnte, soll erst die eingeleitete Untersuchung ergeben, die jedenfalls noch manches Interessante ans Tageslicht fördern dürfte.

Gerhart Hauptmanns Weber und die Mannheimer Vorzeit. Aus Mannheim wird der Leipziger „Volkzeitung“ vom 6. Januar geschrieben: Wie manchem anderen Verein, so hat auch hier die Behörde der scheinbaren Darstellung von Gerhart Hauptmanns Weber Hindernisse bereitet. Der Journalisten- und Schriftsteller-Verein wollte mit Hilfe des Künstlerpersonals des hiesigen Hoftheaters das großartige Dichterwerk darstellen, allein das Bezirksamt konnte seine Genehmigung der „aufreizenden“ Wirkung des Stückes halber nicht erteilen. Nunmehr ist es dem Journalisten-Verein dennoch gelungen, das Mannheimer Publikum mit den Hauptvorgängen dieses literarischen Kunstwerkes bekannt zu machen. Der Hofchauspieler Oppmar aus Kassel, der die Weber bereits an mehreren anderen Orten mit großem Erfolge recitirte, hat sich dem Verein zur Recitation der Weber zur Verfügung gestellt und in glänzendster Weise vollendete er seine Aufgabe. Ob damit wohl aber die Frage der Aufführung des Stückes am hiesigen Hoftheater für immer entschieden ist? Fast scheint es so!

Neueste Nachrichten.

— **Berlin,** 14. Januar. Keine Novelle zum preussischen Vereinsgesetz. Die „Köln. Zeitung“ meldet, daß die Nachricht verschiedener Blätter, es werde dem Herrenhaufe eine Novelle zum preussischen Vereinsgesetz zugehen, der Begründung entbehrt.

— **Rom** 14. Januar. Eine Rede gegen Crispi hielt am Sonntag Zanardelli bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett in Brescia. Er bekämpfte das Cabinet, verurtheilte lebhaft die Vertagung der Kammer, die Anwendung der Gesetzesdecrete bezüglich der Auflösung der socialistischen Vereine, sowie die Art der Anwendung der Ausnahme-gesetze und hob hervor, Männer aus allen Parteien könnten und müßten, ohne der Interessen-Koalition verächtigt zu werden, aus natürlicher Regung einträchtig in der Verteidigung der Geetze und des Grundgesetzes der freihheitlichen Institutionen rivalisiren, ohne welche Italien nicht bestehen würde.

— **Küßel,** 14. Januar. Der Anarchistenproceß wegen der bekannten Dynamitantentate hat am Montag begonnen. 16 Anarchisten sind angeklagt.

— **Zhuin,** 14. Januar. Bei der Wahl eines Deputirten zur Repräsentantenkammer, wurde, wie gemeldet wird, anstatt des verstorbenen liberalen Deputirten der Socialist Verlog gegen den katholischen Kandidaten, für den die Liberalen größtentheils gestimmt hatten, gewählt.

— **Paris,** 14. Januar. Ueber eine Bomben-Explosion, die sich hier ereignet hat, meldet das „Wolffsche Telegramm-Bureau“: In der Rue Monceau fand gegen Mitternacht eine Explosion statt. Der Eigentümer des Hauses Nr. 65 fand vor dem Fenster des Erdgeschosses eine Maschine (?) Er warf sie auf die Straße, wo sie explodirte und Fensterstücken und Straßenlaternen zertrümmerte. Verlegt wurde Niemand. Der Thäter ist unbekannt. Der „Matin“ theilt mit: Die in der Rue Monceau explodirte Maschine war eine große Viehbüchse, ähnlich den englischen Bisquitfischen. Sie muß wenig Dynamit und viel Gewehrpulver enthalten haben. Geladen war sie wie die Baillant'sche Bombe, mit Eisenstückchen und möglicherweise mit Kugeln. Das ganze war mit Gyps verklebt und von einem starken Aluminiumreifen eingefasst. Niemand im Hause hat eine brennende Punte bemerkt. Es handelt sich daher um eine Sturzbombe.

— **Paris,** 14. Jan. Eine Ministerkrisis ist ausgebrochen. In der heutigen sehr bewegten Kammer Sitzung wurde eine Tagesordnung, die Dupuy gewünscht hatte verweigert. Dupuy erklärte darauf, wie telegraphisch gemeldet wird, unter solchen Umständen könne die Regierung nicht bleiben. Alle Minister verließen den Saal und begaben sich nach der Elisee, um Casimir Perier ihre Demission zu überreichen.

— Nach einer Meldung des „Wolffschen T.-B.“ hat Casimir Perier die Demission des Cabinets angenommen.

— **Belgrad,** 14. Januar. Die „Cöln. Itg.“ meldet aus Belgrad: Die Regierung glaubt abermals eine weitverzweigte Verschwörung gegen den König entdeckt zu haben. Bisher wurden etwa 20 angesehene Radikale verhaftet. Die Verhaftungen werden fortgesetzt.

— **Petersburg,** 14. Januar. Das russische Budget für 1895 weist folgende Posten auf: Ordentliche Einnahmen 1,142,957,006 Rubel, außerordentliche ewige Einnahmen bei der Reichsbank 2,000,000 Rubel, Einnahmen aus dem disponiblen Kassenschatze der Reichsbank 68,421,024 Rubel, zusammen 1,214,378,030 Rubel; ordentliche Ausgaben zu Eisenbahnbauten 92,122,793 Rubel, zu Hilfsunternehmungen, die mit dem Bau der sibirischen Bahn verbunden sind, 2,160,309 Rubel, zusammen 1,214,378,030 Rubel.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 14. Januar.

Heiraths-Ankündigungen. I. Rutscher Paul Kasch, kath., Kleine Groshengasse 4, und Christiane Wiekmas, ev., Kleine Groshengasse 13. — Brauer Paul Bernoth, kath., Herrenstraße 16, und Maria Wichalek, kath., Herrenstr. 14. — Postassistent Rudolf Hahn, ev., Oberstraße 22, und Bertha Pilz, ev., Herrenstraße 16. — Zahntechniker Julius Fehner, ev., Ketzberg 28, und Anna Thiel, ev., Ohlauerstr. 29.

Heiratsschließungen. I. Rutscher Carl Krause, ev., mit Caroline Spreuer, ev., hier. — Haushälter Robert Wolf, kath., mit Maria Zendrajch, kath., hier. — Haushälter Max Horn, ev., mit Marie Grota, ev., hier. — Schiffer Reinhold Schargott, ev., mit Marianne Zatzenska, kath., hier. — Stations-Aspirant Julius Neuber, kath., Schmolz, mit Caroline Großer, kath., hier. — Seiler Josef Lerch, kath., mit Barbara Schneider, kath., in Appenwaier in Baden. — II. Penf. Brenner Ernst Brause, kath., mit Marie Schödel, geb. Rufawe, kath., hier. — Cementarbeiter Wilhelm Finke, ev., mit Emilie Pietich, kath., hier. — Bahnarbeiter Josef Wirtz, kath., mit Antonie Böhm, kath., hier. — Agent Jacob Ziegler, jüd., Berlin, mit Elisabeth Kohn, jüd., hier. — III. Restaurateur Paul Grün, kath., mit Marie Hofrichter, ev., hier. — Schornsteinfeger Carl Praktisch, kath., mit Elise Breitfeld, ev., hier. — Gas- und Wasser-Collecteur Paul Scholz, ev., mit Anna Witt, ev., hier.

Todesfälle. II. Grich, S. des Wagenschlebers Hermann Gotter, 9 M. — Grich, S. d. Rutschers Ernst Tischbe, 3 J. — Grich, S. d. verft. Schiessers August Sattler, 2 J. — Generaldirector Paul Rogwitz, 52 J. — Arbeiter August Gumprecht, 37 J. — Paul, S. des Tischlers Franz Göbler, 3 M. — Candidat der Theologie Hermann Rhode, 25 J. — Paul, S. des Bäckermeisters Franz Skorsek, 8 M. — Helene, Tochter d. Eisendrebers Bruno Wolff, 2 J. — Geh. Regierungsrath a. D. Friedrich Böhl, 74 J. — Curt, S. d. Schuhmanns Gustav Adler, 1 M. — Professor Dr. Ernst Rother, 49 J. — Elsa, L. des Steinmeyer-Berufers Paul Rachtwey, 1 J. — Catharina, L. des Schuhmanns August Langner, 9 M. — III. Walter, S. des Töpters Robert Hübner, 1 J. — Hans, S. d. Kaufmanns Emil Hagen, 4 M. — Rutscherwitwe Karoline Schnabel geb. Seelig, 59 J. — Schuhmachermeister Heinrich Reichelt, 38 J. — Arbeiterfrau Auguste Schubert, geb. Siebert, 36 J. — Arbeiterfrau Elisabeth Flöter, geb. Hoffmann, 65 J. — Reinhold, S. d. Arbeiters Gustav Wolff, 1 M. — Johann, S. d. Korbmachers Johann Härtel, 3 J. — Wehhändler Heinrich Wurst, 63 J. — Locomotivheizerwitwe Johanne Berner, 69 J. — Gacanalreporter Karl Schrenner, 63 J. Fröh. Asphaltur Josef Kunisch, 65 J. — Steuerheberswitwe Natalie Göbbich, geb. Sarrich, 66 J. — Eisenbahnbetriebs-Secretärin Olga Wilke, geb. Steiner, 52 J. — Kaffirer Karl Janke, 32 J. — Hieronymus, S. des Schuhmachers Robert Hilgner, 3 M. — Meta, L. d. Schiffelners Paul Schmalke, 2 J. — Schriftfelerlehrling Georg Widel, 16 J. — Hedwig, L. d. Arbeiters Robert Karwig, 8 M.

Breslau, 14. Januar. (Amtlicher Producten- u. Vorrath-Bericht.) Mühl (per 100 Kilogr.) — gekühd. — Str. loco, in Qualitäten a 5000 Kilogr. — per Januar 43,50 Br., per Mai 44,00 Br. — Spiritus per 100 Liter (a 100 pSt.) ohne Faß; exl. 50 und 70 Mt. Verbrauchsabgabe, gekündigt — Br., 25-laufene Ründungscheine — per Januar, 50er 49,50 B., 70er 29,70 B.

Breslau, 14. Januar. (Breslauer Wehlmarkt.) Weizen-Auszugsmehl per Brutto 100 kg. incl. Sad 22,25 bis 22,75 Mt. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg. incl. Sad 19,75—20,25 Mt. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg. in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 7,00—7,40 Mt., b) ausländisches Fabrikat 6,60—7,00 Mt. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg. incl. Sad 17,50—18,00. — Sattermehl per Netto 100 Kilogramm in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 7,40—7,80 Mt., b) ausländisches Fabrikat 7,00—7,40 Mt.

Stadt-Theater.

Dienstag: "Zar und Zimmermann." Mittwoch: "Simon von Athen."

Lobe-Theater.

Dienstag: "Zum wohlthätigen Zweck." Mittwoch: "Zum wohlthätigen Zweck."

Victoria-Theater

(Simmenauer-Garten.) Täglich: Specialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Eppmann's

weltberühmtes Panoptikum und Kaiser-Gallerie. Oplauerstraße 64, 1. Etage. Kaiser- und Fürsten-Gallerie, Gallerie berühmter Gelehrter, Dichter u. s. w.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Abtheilung Breslau. Dienstag, den 15. Januar, Abends 8 Uhr, im kleinen Saale des "Deutschen Kronprinzen", Kurzege 50 52: 3439 General-Versammlung.

"Union"

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. a. gewerbl. Arbeiter Mitglieder - Versammlung. Montag, den 21. Januar, Abends 8 Uhr in Heider's Brauerei (Herrenstr. 19)

Reisehandbuch für wandernde Arbeiter

Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungskarten. 16 Bogen Oktav. Preis gebunden (in Lederband) 1 Mk. 50 Pfg. Verlag von J. Schöner in Nürnberg, Austerl. - Enthält über 2000 Reise Touren in Deutschland, Österreich-Ungarn, Schweiz, Frankreich, Italien und Holland.

Der neue Weltkalender für 1895

(Hamburg, Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Auer & Co.) Der Kalender enthält u. A.: Kalendarium. - Postwesen u. - Zwölflehrs-Kalender. - Trachtliche- und Bräute-Kalender. - Staatliches. - Das Nachsthum der deutschen Socialdemokratie. - Kabbala. - Reisen und Märkte. - Im Kreislauf des Jahres. - So aber ist! Von Heinrich Heine (mit Illustrationen).

Handwerker- u. Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1895. - 17. Jahrgang. Verlag von Wörlein & Co. in Nürnberg. Preis I. Qualität 75 Pfg., gewöhnliche Ausgabe 50 Pfg.

Die Verlags-Handlung bemerkt in ihrer Ankündigung des neuen Kalenders u. A.: In jedem Jahre sind wir bestrebt gewesen, irgend eine Verbesserung an unserem Kalender vorzunehmen. Boriges Jahr haben wir den Versuch gemacht, in Bezug auf den Einband der besseren Sorte eine Aenderung einzutreten zu lassen und haben die Meinung der Kritik unserer werthe Kunden unterstellt. Diefelbe ist nicht zu Gunsten der probeweise eingeführten Einbände ausgefallen, vielmehr wurden wir von allen Seiten aufgefordert, wieder zu der bewährten Einrichtung des steifen Klappdeckels zurückzukehren und dabei speciell die rothe Farbe zu bevorzugen. Wir sind diesem Wunsche nachgekommen und liefern daher in diesem Jahre Qualität I nur in derselben Ausstattung (brieftaschenartig mit Gummi-Band) wie früher. Qualität II liefern in gutem Lederband mit Bleistiftlöcher. Da an dem Papier mancherlei Ausstellungen gemacht wurden, so haben wir nach dieser Richtung durchgreifend Wandel geschaffen vor Allem den gelblichen Ton abgesehafft und völlig weißes Papier gewählt. Dasselbe ist in Punkt Stoff so, daß es als gutes Schreibpapier bezeichnet werden kann. In Bezug auf die inhaltliche Bereicherung des 15 Bogen starken Kalenders verweisen wir besonders auf die Inhalts-Verzeichnisse erwähnte, "Praktische Anleitung zur Berechnung der Alters- und Invaliditätsrenten" wieder mit aufgenommen.

Illustrirte Klassiker-Bibliothek

MINERVA Verein von Literaturfreunden zur Verbreitung volkstümlicher Meisterwerke deutscher Klassiker sowie von Literaturschätzen aller Nationen. Illustriert von namhaften Künstlern.

Die Literaturwerke des Vereins "Minerva" erscheinen wöchentlich in geschmackvollster Ausstattung in einer "Minerva" Lieferg. à 10 Pf. (52 Lieferungen jährlich).

2-3 Wochenlieferungen bilden ein in sich abgeschlossenes reich illustriertes poetisches Werk. In jeder Jahres-Serie gelangt somit jedes Mitglied in den Besitz von ca. 20 vollständigen, reich illustrierten klassischen Meisterwerken: Goethe, Schiller, Lessing, Shakespeare, Kleist, Heine, Lessing, Faust, Uhland, Hoffmann, Grotz, M. Grotz u. Unter so günstigen Bedingungen wird sich Niemand verweigern wollen, sich und seiner Familie eine gesunde Lektüre zu sichern. Probehefte und Prospekte sind in jeder Buchhandlung zu haben, sowie auch durch direkte Postkarte von der Geschäftsstelle des Literaturvereins "Minerva", G. Schöner's Verlag, Berlin W, Corneliastr. 5.

Musik-Instrumente. Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielbögen zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt K. Cohn, Kupferschmiedestr. 17. Vereins-Kalender. Breslau.



Damen-Gamaschen, fest und wasserdicht 4,50 Mk., Damen-Gamaschen, Doppelsohle mit Kapp 5,50 Mk., Damen-Filzstiefeln zum Schutze mit Gummi- und mit Gummizug, 2höhlig 6,50 Mk.



Herren-Gamaschen mit Doppelsohle 7 Mk., Herren-Gamaschen auf Stahl, leicht und haltbar 7,50 Mk.

Herren-Gamaschen, elegant mit Besatz, Knöpfen 5,00 Mk., Jede Putzmaier-Filzstiefel für Herren, Damen u. Kinder. Knopfstiefeln, Schwär- und Schnitzstiefeln, in Tuch-, Filz- und Leder für Kinder in jedem Alter, in großer Auswahl. Gummistiefel für Herren 4,50 Mk., Gummistiefel für Damen 2,50 Mk., Gummistiefel für Kinder in besserer Qualität 2,00 Mk.

Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4, (neben der Köhler-Apotheke).

Kaffee! Kaffee!

frisch geröstet, das Pfd. 140 160 Pfg. Getreide-Caffee, das Pfd. 12 Pfg. beßer weißer Java, das Pfd. 20 Pfg. Bartsch's Schweinefleisch, das Pfd. 55 Pfg. Käse-Cheese, das Pfd. 15 Pfg. Beste Dramen- u. Kaffee-Bohnen, das Pfd. 20 Pfg. ff. Jamaika-Rum, à Liter 100 Pfg. Bestes Weizenmehl 00, das Pfd. 11 Pfg. Feinstes Petroleum, à Liter 15 Pfg. Otto Ogrowsky jr., 4,5 Droste Greifengasse 4,5.

frisch geröstet Cacaothee, billiges u. reichhaltiges Getränk für Kinder und Erwachsene à Pfd. 30 Pfg. Wilhelm Boese, Dampf-Schokoladenfabrik, Dorotheastr. 3.

Paul Hentschel's

Schildermalerei und Glasbuchstaben-Fabrik. fertigt jede im Jahr verkommene Arbeit zu solidem Preise.

Georg Dumlich, Breslau, Poststraße Ecke Oblanderstr. Verkaufsstelle der best renommiertesten Röst-Caffee's Hanssen & Studt, Hamburg. Größte Caffee-Rösterei Europas.